

# Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



An die Tausend Mitglieder der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes KESK aus allen Teilen der Türkei versammelten sich am Morgen des 4. Oktober vor dem Justizgebäude in Ankara um dort ihre Solidarität mit den verhafteten KESK-Frauen zu demonstrieren.

- *Linke-Fraktion im Bundestag für Verbesserungen bei der Rente – S. 4*
- *Türkei verhaftet Lehrer der Bildungsgewerkschaft – S. 7*
- *NRW: 20 Jahre nach Lichtenhagen erneut Debatte ums Asylrecht – S. 12*
- *Stuttgart: Putzen für die Stadt unter Tarif?! – S. 14*
- *Literaturpreise für chinesische Autoren: Große Literatur und Politik – S. 18*

*Beilage „Rundschreiben“, Nr 10 der ArGe Konkrete Demokratie – soziale Befreiung*

**Ausgabe Nr. 11 am 2. November 2012, Preis 4,00 Euro**

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK  
- ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

**Herausgegeben vom** Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

**Diskussion / Dokumentation:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

**In & bei der Linken:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Letzte Seite:** Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck und Vertrieb:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## Mehr Subventionen für Elektroautos

rül. Mit dem Jahressteuergesetz 2013 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung auch die Subventionen für die Autoindustrie erneut erhöht. Bisher waren Besitzer von Elektroautos fünf Jahre lang von der Kfz-Steuer befreit. Ab 1.1.2013 sollen sie zehn Jahre lang Kfz-steuerfrei sein. Bei einem VW Passat beträgt die jährliche Kfz-Steuer derzeit 122 Euro. In zehn Jahren spart der Besitzer eines solchen Autos damit ca. 1.200 Euro, wenn er eine Hybridversion kauft. Das reicht nicht, um den derzeitigen Mehrpreis der Elektro- oder Hybridfahrzeuge verschwinden zu lassen, ist aber auch nicht wenig. Noch deutlicher ist die steuerliche Entlastung, wenn das Fahrzeug ein Dienstfahrzeug ist. Bei der Steuer für die Nutzung dieser Fahrzeuge wird künftig bei Hybrid- bzw. Elektroautos je Kilowattstunde eine Listenpreissenkung von 500 Euro angenommen und steuerlich zugrunde gelegt. Bei einem Toyota-Plug-In, einem der derzeit meistverkauften Hybridfahrzeuge, Listenpreis 36.200 Euro, Verbrauch 15,2 Kilowattstunden je 100 Kilometer, sinkt damit der steuerlich zugrunde gelegte Listenpreis um 7.600 Euro bzw. mehr als 20%. Das ist kräftig. Und da das sogenannte „Flottengeschäft“ für die Autoindustrie ohnehin das mit Abstand größte Verkaufsgeschäft ist, wird damit der Anreiz zur Nutzung von Hybrid- bzw. Elektroautos für Unternehmen erheblich ausgeweitet. Mal sehen, wie diese Subvention ankommt. Auf jeden Fall will sich Schwarz-Gelb von Rot-Grün offensichtlich bei der Förderung der Autoindustrie nicht übertreffen lassen.

## Die Linke: „Merkel wird Bundestagswahl im Osten verlieren“

Am 29. Oktober gab der Bundesgeschäftsführer der Linken, Matthias Höhn, eine Stellungnahme ab, in der er unter anderem auf die Stimmungslage in den ostdeutschen Ländern wies, wir haben dazu die neuesten Wahlumfragen ergänzt.

Matthias Höhn sagte: „Am Donners-

tag der vergangenen Woche hat der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Winkler, den Sozialreport 2012 zu Positionen der Menschen in den neuen Bundesländern vorgestellt. Ich will mich im Folgenden weniger damit befassen, dass dieser Report doch eine vergleichsweise geringe mediale Öffentlichkeit erreicht hat, wenngleich die Fragen des Ostens von hoher Brisanz sind. Wichtiger ist mir die Feststellung, dass die Ergebnisse der Studie wie Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung zu lesen sind und sich die Schlussfolgerungen der Volkssolidarität in weiten Teilen mit den Positionen der Linken decken.

Ungleichheit bei Löhnen und Renten, doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie im Westen des Landes und zunehmende Sorgen vor dem sozialen Abstieg, das ist das, was die Menschen in Ostdeutschland auch 22 Jahre nach der Wiedervereinigung umtreibt. Bevor ich das an zwei Punkten deutlich machen möchte, kann ich feststellen, muss ich feststellen, dass im Osten die Politik der Bundesregierung in Bezug auf den Osten mit hoher Priorität und mit hoher Sensibilität wahrgenommen wird und trotzdem die Bundeskanzlerin hin und wieder auf ihre ostdeutschen Wurzeln verweist, dieses Thema nach wie vor nicht so ernstgenommen wird wie es der Fall sein sollte.

Erster Punkt: Es existiert im Osten ein hohes Maß an sozialer Verunsicherung. Laut Volkssolidarität bestimmen die Befürchtungen, anstatt Hoffnungen, die Stimmungslage. Zentrales Thema dabei ist die Befürchtung der mangelnden finanziellen Absicherung im Alter und das Fehlen der Konzepte zur Bewältigung drohender Altersarmut. Eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie im Westen, niedrige Einkommen verschärfen die Angst vor Armut im Alter. Eine Sorge, die in den letzten Wochen und Monaten durch eine ganze Reihe von Statistiken bestätigt worden ist.

Zweitens: Laut Studie fühlt sich ein zunehmender Prozentsatz der Ostdeutschen vom ökonomischen Fortschritt abgekoppelt. Das bezieht sich nicht nur auf die Armut im Alter. Die Situation ist bekannt: Branchenmindestlöhne wer-

### Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre ...

Umfragen von Infratest Dimap, Ergebnis Gesamt

|            | CDU/CSU | SPD | GRÜNE | FDP | LINKE | PIRATEN | Sonstige |
|------------|---------|-----|-------|-----|-------|---------|----------|
| 26.10.2012 | 38%     | 30% | 13%   | 4%  | 7%    | 5%      | 3%       |
| 04.10.2012 | 39%     | 31% | 11%   | 4%  | 7%    | 4%      | 4%       |
| 28.09.2012 | 37%     | 30% | 12%   | 4%  | 7%    | 6%      | 4%       |
| 06.09.2012 | 37%     | 30% | 13%   | 4%  | 6%    | 6%      | 4%       |
| 17.08.2012 | 36%     | 29% | 13%   | 5%  | 6%    | 7%      | 4%       |

### Ergebnisse Ost

|            | CDU/CSU | SPD | GRÜNE | FDP | LINKE | PIRATEN | Sonstige |
|------------|---------|-----|-------|-----|-------|---------|----------|
| 26.10.2012 | 35%     | 27% | 9%    | 3%  | 17%   | 5%      | 4%       |
| 04.10.2012 | 35%     | 27% | 8%    | 3%  | 18%   | 5%      | 4%       |
| 28.09.2012 | 32%     | 25% | 8%    | 3%  | 19%   | 8%      | 5%       |
| 06.09.2012 | 33%     | 25% | 10%   | 3%  | 16%   | 8%      | 5%       |
| 17.08.2012 | 32%     | 24% | 10%   | 4%  | 17%   | 9%      | 4%       |

Politische Berichte im Internet: [www.politische-berichte.de](http://www.politische-berichte.de)

den immer noch niedriger angesetzt als im Westen. Atypische Beschäftigungsverhältnisse machen im Osten ein Drittel der Arbeitsverhältnisse aus, und der Durchschnittsbruttolohn liegt im Osten je nach Bundesland ungefähr 700 bis 800 Euro unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik. Eine wirtschaftlich positive Entwicklung sollte und muss auch mit sozialem Fortschritt verbunden sein. Die wirtschaftliche Situation der Menschen im Osten führt jedoch zu spürbaren sozialen Rückschritten. Das ist 22 Jahre nach der deutschen Einheit nicht akzeptabel.

Ich will ganz deutlich sagen: Kanzlerin Merkel wird mit dieser Politik die Bundestagswahl im Osten verlieren. Kandidat Steinbrück kann sie im Osten nur gewinnen, wenn er endlich Rentenangleichung Ost an West, einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn in Ost und West und die Einschränkung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ganz oben auf seine persönliche politische Agenda setzt.

Die Linke wird die Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Rentengerechtigkeit, der Lohngerechtigkeit, wie in den vergangenen Monaten auch in Zukunft mit hoher Priorität behandeln. Wir werden massiv für unsere Positionen werben. Wir werden Frau Merkel und Herrn Steinbrück daran erinnern, dass ein Sich-Weg-Ducken, ein Verschließen der Augen vor dem Problem im Osten nicht länger hinnehmbar ist.“

## **Wechselstimmung, Stabilitätscluster und der CSU-Übergriff auf die Pressefreiheit**

Der zurückgetretene Pressesprecher des CSU-Ministerpräsidenten ist ein Mann des Rechts: Staatsanwalt, Richter, dann graue Eminenz im Apparat, jetzt wieder zurück zur Justiz. Strepp hatte versucht, das ZDF von einer ausführlichen Berichterstattung über den bayerischen SPD-Parteitag abzuhalten, bei dem der Münchner Oberbürgermeister Ude, der sich bereits 2011 als Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2013 aufgerufen hatte, nun, 2012, offiziell nominiert wurde. Die Landtagswahlen in Bayern werden kurz vor den Bundestagswahlen stattfinden. Wird es die FDP über die 5 Prozent schaffen? Werden die Piraten in den Landtag kommen? Lohnt es sich, den Freien Wählern im Bund die Stimme zu geben? Wie steuert Die Linke durch schwierigste Fahrwasser des Westens? Solche Daten beeinflussen das Wahlverhalten, denn wer wählt, will wirken. Die CSU, die in den letzten Monaten einen bedeutenden Umfrage-Aufschwung erlebt, sieht neben der Wechselstimmung, an der SPD und Grüne arbeiten, einen Stabilitätscluster keimen. Auch die Medien beobachten den Vorgang genau. Man liest Umfragemeldungen und Kommentare, dass es in Bayern

die CSU sogar ohne die FDP gegen alle anderen schaffen kann. Stimmungslagen wie „Stabilität“ oder „Wechsel“ werden durch die Kommunikation der großen Medien wesentlich beeinflusst. An bezeichnenden Ereignissen, von denen berichtet wird, kristallisieren sich Entscheidungen der Vielen. Die Motivation des CSU-Sprechers, die Kampagne der Bayern-SPD ins Unsichtbare zu befördern, ist begreiflich, die Aktion jedoch war kontraproduktiv. Denn gerade der Übergriff der politischen Macht auf die Berichterstattung eines öffentlich-rechtlichen Mediums könnte einen Kristallisationspunkt für von „Wechselstimmung“ liefern. Subtil weist die FAZ auf diese Gefahr hin, sie liefert einen ausführlichen Bericht über die Beeinflussungsvorgänge, die sich im Rau-regierten NRW ereigneten, bevor die dort herrschende SPD schließlich die Macht verlor.

Grenzüberschreitungen zwischen Politik und Medien sind besonders problematisch, weil die funktionale Teilung viel unklarer institutionalisiert ist, als etwa die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Jurisdiktion. So hat z.B. die Presse das Recht, Informanten zu schützen, die ihr aus den Bereichen der politischen Macht Informationen zutragen. Dieses neben dem Verbot der Zensur für die Pressefreiheit praktisch sehr wichtige Recht schafft einen Raum der halblegalen, halboffiziellen Mitteilung, in dem sich Träger der Pressefreiheit und Träger politischer Geheimnisse umwerben und umlauern. Ob am Ende eine diskursfähige Mitteilung herauskommt oder eine böseartige manipulative Kampagne bleibt offen. Sicher ist, dass die Geschäfte auf Gegenseitigkeit ein Netzwerk gegenseitiger Verpflichtungen erzeugen, das nur durch Personalwechsel zerrissen werden kann. Die CSU versucht nun, diesen Hinweis auf eine sinnvolle Wahlentscheidung durch einen kleinen Wechsel zu tilgen. *Martin Fochler*

## **Kurdische politische Gefangene in der Türkei im Hungerstreik**

Am 12. September 2012 begannen 380 inhaftierte PKK-Gefangene in der Türkei einen unbefristeten Hungerstreik. Bis Mitte Oktober befanden sich alle PKK-Gefangenen im Hungerstreik. Mittlerweile beteiligten sich weitere Hunderte politische Gefangene, so dass die Zahl der Hungerstreikenden auf fast 800 in 58 türkischen Gefängnissen angewachsen ist. Darunter befinden sich inhaftierte Parlamentsabgeordnete der BDP, kurdische Bürgermeister, Journalisten und Anwälte, die zu den ca. 8.000 Oppositionellen gehören, die im Rahmen der sogenannten „KCK-Operationen“, d.h. Unterstützung der PKK, in den letzten drei Jahren inhaftiert wurden. Viele Gefangene befinden

sich nach fast zwei Monaten ohne Nahrungsaufnahme in einer lebensbedrohlichen Phase.

Zu ihren Forderungen gehören die Aufhebung der Isolationsbedingungen von Abdullah Öcalan, dem seit über 450 Tagen Besuche verweigert werden, die umfassende Anerkennung der kurdischen Sprache sowie die Aufhebung jeglicher Assimilationspolitik gegen die Kurden. Der Hungerstreik wird von Aktionen der Angehörigen und Demonstrationen begleitet. Die Antwort der AKP-Regierung und der türkischen Sicherheitsbehörden ist bisher verschärfte Isolation der Gefangenen, Angriffe auf Angehörige und Demonstrationen, tägliche Verhaftungen von Oppositionspolitikern, Menschenrechtlern, Gewerkschaftern, Journalisten.

Der BDP-Abgeordnete von Mersin fordert: „Die Bevölkerung sollte die Stimme, die sich aus den Gefängnissen der Türkei erhebt, stärken. Seit 20 Jahren bringen wir Särge in die Erde, obwohl diese Erde eigentlich nach Leben ruft. Um dieses Leben willkommen zu heißen nehmen tausende Gefangene den Tod in Kauf. Wir können genauso mutig sein wie die Gefangenen. Nicht der Tod sondern das Leben soll siegen. Nicht der Krieg sondern der Frieden soll siegen. Nicht die grausamen Märtyrer sondern die Unschuldigen sollen siegen.“

Aus Deutschland forderten Abgeordnete der Linken von der Bundesregierung, dass diese den notwendigen politischen Druck auf die türkische Regierung entfaltet, „anstatt die Politik der juristischen und militärischen Gewalt gegen die kurdische Bevölkerung und Bewegung zu unterstützen.“ Ob Kanzlerin Merkel den Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan Ende Oktober dazu nutzt? Kurdische und türkische Organisationen rufen auf jeden Fall zu Protesten gegen den Staatsbesuch auf.

Der Schriftsteller Yasar Kemal ruft zur Unterstützung der Hungerstreikenden auf: „Das größte Leid ist es zu beobachten, wie der Tod durch Hunger kommt. Die Forderungen der Menschen, wegen denen sie ihr Leben riskieren, sind in einer Demokratie Inhalt von Menschenrechten. Wenn eine Lösung möglich ist, der Tod von Menschen aber nicht verhindert wird, wird dies die Sünde der Machthaber, der Opposition, den Medien und unser aller sein. Frieden ist in diesem Land für jeden eine Sehnsucht und ein Recht. Es muss für jeden von uns eine Aufgabe sein, sich gegen alle Barrieren, die den Frieden verhindern, zu wehren und sie aufzuheben. Allen, die sich damit innig beschäftigt, bin ich dankbar.“

Wir rufen dazu auf, die Forderungen der Hungerstreikenden zu unterstützen und dies auch an die Adresse der Bundesregierung und der EU zu richten.

*Rudolf Bürgel*

# Linke-Fraktion im Bundestag bemüht sich um Verbesserungen bei der gesetzlichen Rente

Bereits Ende letzten Jahres hatte die Linke im Bundestag sich darum gekümmert, dass Probleme bei der gesetzlichen Rente auf den Tisch kommen. Der Abgeordnete Matthias Birkwald aus NRW hatte durch eine Anfrage Daten zu Tage gefördert, die beweisen, dass Bezieher niedriger Renten heute statistisch im Durchschnitt nachweisbar früher sterben als noch vor zehn Jahren – ein beunruhigendes Alarmsignal. Inzwischen hat auch die zuständige CDU-Ministerin das Thema drohende Altersarmut als Folge niedriger Löhne in die Diskussion gebracht – zwar mehr propagandistisch und nicht durch konkrete Gesetzesvorhaben, die dem einen Riegel vorschieben. Die SPD lenkte die Diskussion zunächst vor allem auf das Thema Renteneintrittsalter. Jetzt hat sie sich auf das durchschnittliche Rentenniveau kapriziert – 2020, soweit in der Zukunft, dass das für heutige Gesetzgebung auch keine Rolle spielt.

Die Linksfraktion im Bundestag hat nun ein ganzes Bündel von Anträgen, neun an der Zahl, in den Bundestag eingebracht, ausdrücklich mit dem Ziel, beim einen oder anderen Punkt die Mehrheit des Bundestags zu überzeugen und damit Verbesserungen zu erreichen. Die neun Anträge haben die Überschriften:

1. Wiederherstellung eines Lebensstandard sichernden und strukturell armutsfesten Rentenniveaus
2. Renten erst ab 67 sofort vollständig zurücknehmen
3. Risiko der Erwerbsminderung besser absichern
4. Rentenbeiträge für Langzeiterwerbslose wieder einführen
5. Kindererziehung in der Rente besser berücksichtigen
6. Renten nach Mindestentgeltpunkten entfristen
7. Angleichung der Renten in Ostdeutschland auf das Westniveau bis 2016 umsetzen
8. Eine solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen
9. Altersarmut wirksam bekämpfen – Solidarische Mindestrente einführen

Am 18. Oktober hielt der Abgeordnete Matthias Birkwald zur Begründung dieser Anträge folgende Rede im Deutschen Bundestag:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum legt Ihnen die Linke neun einzelne Anträge vor? Nun, die Linke will konkrete und schnelle Verbesserungen – am besten natürlich in Form des gesamten linken Rentenkonzepts, das wir hier bereits im März debattiert haben. Wir wissen aber, dass das hier im Parlament noch nicht mehrheitsfähig ist.

In einzelnen Punkten gibt es jedoch Übereinstimmungen. Uns geht es hier um konkrete einzelne Schritte im Kampf gegen Altersarmut und für eine gute Rente.

(Beifall bei der Linken)

In der Rentenpolitik muss sich etwas bewegen, und darum fordere ich Sie auf, liebe Kolleginnen und Kollegen: Verweigern Sie sich nicht. Machen Sie mit. Legen Sie Ihre parteipolitischen Scheuklappen ab, und unterstützen Sie die Forderungen, die Sie selbst für richtig halten.

(Beifall bei der Linken)

Da komme ich direkt zur CDU/CSU. Jüngst war im „Handelsblatt“ zu lesen, dass Sie, Herr Kollege Weiß, und Karl-Josef Laumann von der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (Zuruf von der CDU/CSU: Gute Männer!)

– wie im Übrigen auch die SPD – fordern, die Rente nach Mindestentgeltpunkten für Zeiten nach 1992

fortzuführen. Das ist eine gute Idee, weil lange Jahre zu niedriger Löhne in der Rente deutlich besser bewertet würden. Darüber hinaus käme diese Rentenform besonders Frauen zugute. Verzichten Sie auf die Einkommensanrechnung, und stimmen Sie unserem Vorschlag zu. Dann sind wir an dieser Stelle auf einem guten Weg für Menschen mit niedrigen Löhnen.

(Beifall bei der Linken)

Die Frauen in der Union fordern ähnlich wie wir, dass allen Müttern und Vätern für jedes Kind bei der Rentenberechnung drei Jahre Kindererziehungszeiten gutgeschrieben werden. Sie fordern das allerdings nur im Hinblick auf diejenigen, die in Zukunft in Rente gehen werden. Wir sagen: Es muss gelten, dass jedes Kind dem Staat und der Gesellschaft gleich viel wert ist, und deshalb müssen wir diejenigen Mütter und Väter, die vor 1992 Kinder bekommen haben, gleichstellen. Es ist nämlich überhaupt nicht einzusehen, dass es für diese Kinder nur 74 bis 84 Euro mehr Rente gibt und für Kinder, die bis 1991 geboren wurden, nur 25 bis 28 Euro mehr. Damit wir diese Gleichstellung zustande bringen, sollten Sie auch diesem Vorschlag der Linken zustimmen.

(Beifall bei der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ja, es ist richtig: Man muss

darüber reden, dass es Armut trotz Erwerbsarbeit gibt. Wir brauchen am Arbeitsmarkt gute Tariflöhne. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn. Zwei Drittel der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter erhalten, wie wir diese Woche gehört haben, Niedriglöhne. Deswegen müssen wir die Leiharbeit regulieren. Wir würden sie am liebsten verbieten. Ich könnte noch vieles mehr nennen.

Trotz der Tatsache, dass es gute Erwerbsarbeit gibt, haben wir das Problem der Altersarmut. Deswegen müssen wir an die Gründe dafür herangehen. Einer der Hauptgründe ist das weiter absinkende Rentenniveau. Das ist ein wesentlicher Risikofaktor für Altersarmut. Das darf auf gar keinen Fall so bleiben. Das muss geändert werden. Die Rente muss wieder den Lebensstandard sichern.

(Beifall bei der Linken)

Damit das geschieht, muss das Rentenniveau auf 53 Prozent angehoben werden. Durchschnittlich verdienen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätten rund 160 Euro Rente verloren, wenn das Rentenniveau heute nur noch bei 43 Prozent läge. Das ist doch ein Skandal!

(Beifall bei der Linken)

Liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, manche von Ihnen wollen aus guten Gründen ebenfalls das Rentenniveau anheben oder zumindest beibehalten. Darum bitte ich Sie: Ordnen Sie Ihre rentenpolitische Vernunft nicht leichtsinnig dem Vizekanzlerkandidatenkonzept Ihrer Partei unter und unterstützen Sie diesen Antrag, der Millionen von hart arbeitenden Männern und Frauen zugutekäme.

(Beifall bei der Linken)

Weitere rentenpolitische Kürzungsmaßnahmen forcieren das Problem der Altersarmut, zum Beispiel die Rente erst ab 67. Deswegen muss sie abgeschafft werden.

(Beifall bei der Linken)

Bei der Erwerbsminderungsrente sind Abschläge systemfremd. Wer krank ist, hat keine Wahl. Darum müssen die Abschläge aus der Erwerbsminderungsrente heraus.

(Beifall bei der Linken)

Hinein in die Rente müssen aber unbedingt wieder die Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose, die von dieser Regierung auf null gesetzt worden sind. Hartz-IV-Betroffene dürfen nicht unter die Räder geraten. Deswegen brauchen wir anständige Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose.

(Beifall bei der Linken)

Insgesamt ist es wichtig, dass alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung einbezogen werden, also auch Selbstständige, Beamtinnen und Beamte und vor allen Dingen Abgeordnete, Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre.

(Manfred Grund (CDU/CSU): Das hilft der Rentenkasse ungemein!)

Alle Erwerbstätigen sollen in die Rentenversicherung einzahlen, und zwar entsprechend der Löhne und Gehälter, die sie beziehen. Wer ein Gehalt von 10 000 Euro im Monat hat, soll auch für 10 000 Euro Rentenversicherungsbeiträge zahlen und nicht nur für 5

600 Euro.

(Beifall bei der Linken)

Ein ganz wichtiger Punkt: 22 Jahre nach der Einheit muss endlich Schluss sein mit der erbärmlichen Sankt-Nimmerleins-Tag-Politik. Union und FDP und die Kanzlerin persönlich haben ihre Wählerinnen und Wähler belogen. Rentnerinnen und Rentner im Osten, die durchschnittlich verdienende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren, erhalten immer noch durchschnittlich 142 Euro weniger Rente im Monat. Es muss aber gelten: Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung. Deswegen müssen wir jetzt angleichen und die Sache bis 2016 abschließen.

(Beifall bei der Linken)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Wir haben schon heute Altersarmut. 436 000 Menschen befinden sich in der Grundsicherung im Alter. Rechnet man die Dunkelziffer hinzu, stellt man fest, dass es um weit über 1 Million Menschen geht. Deswegen brauchen wir schon heute eine solidarische Mindestrente in Form eines einkommens- und vermögensgeprüften steuerfinanzierten Zuschlags. Denn es muss gelten: Niemand soll im Alter in Armut leben müssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der Linken)

**Stuttgart hat den Grünen Fritz Kuhn zum Oberbürgermeister gewählt**

# Mehr Demokratie gewollt, aber einen Hegemon bekommen?

Sehr viele, die den Grünen Kuhn bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart gewählt haben, waren es satt mit der CDU. Der Eindruck war entstanden, die CDU treffe ihre Entscheidungen ohne Berücksichtigung des Willens der Bevölkerung, ohne auf Minderheiten zu achten, kurz unter Missachtung der Demokratie. Auch wenn der bisherige Stuttgarter Oberbürgermeister Schuster keineswegs so selbstherrlich agiert hat (und wegen des Gemeinderats auch gar nicht konnte), wurde er in eine Reihe mit dem abgewählten Ministerpräsidenten Mappus gestellt. Wer die

seinen Charme und zog. Die CDU hat sich zwar im ländlichen Raum durchaus noch die Fähigkeit bewahrt, Meinungen der Bürger aufzunehmen, vor allem durch die Verankerung in den Vereinen und Verbänden. Aber in den größeren Städten funktioniert diese Art von „Ohr an den Massen“ nicht (mehr). Direkte Bürgerbeteiligung, Mitsprache müssen anders organisiert werden. Hier versprochen und versprechen die Grünen Verbesserungen. Es waren also die vagen Hoffnungen auf mehr Beteiligung und weniger die inhaltlichen Differenzen beim Ausbau

Die Grünen müssen jetzt liefern, wie es im Politjargon heißt. Und da gibt es Probleme: ein Gesetz zu mehr Bürgerbeteiligung durch Volks- oder Bürgerentscheide fehlt. Das liegt nur zum Teil an der CDU im Landtag, die für eine Verfassungsänderung gebraucht wird. Auch für eine Änderung der Gemeindeordnung zu kommunalen Bürgerentscheiden, gibt es bisher nicht einmal einen Entwurf, obwohl hierfür eine einfache Mehrheit im Landtag ausreichen würde.

Was es dagegen gibt, ist eine Staatssekretärin für „Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung“. Frau Gisela Erler ist bislang allerdings vor allem durch die missglückte Anhörung zum sogenannten Filderbahnhof aufgefallen (zur Erinnerung: per Los wurden Bürger ausgesucht, die sich Experten anhören und dann ihre Meinung unverbindlich kundtun konnten; es war schwer, welche zu finden). Nun könnte man sagen, das ist die Landesregierung, wo die Sozialdemokraten mitregieren. Fritz Kuhn kann es in der Stadt ja besser machen. Wenn er aber sich und die Grünen als Hegemonialmacht in Baden-Württemberg sieht\*, dämpft das meine Erwartungen gewaltig.

Alfred Küstler

\*) Fritz Kuhn im Rundfunksender SWR 2, am 22. Oktober, in den 18 Uhr-Nachrichten: „Die Grünen sind in Baden-Württemberg und in Stuttgart hegemonial geworden, das heißt sie beherrschen auf eine sehr freundliche, sehr positive Art viele Diskurse, die in der Stadt wichtig sind, ob das bei Verkehrspolitik, bei Schulpolitik ist, bei ganz vielen Themen, die eine Rolle spielen.“ →

Selbstdarstellung der Gemeinderatsfraktion: der grüne Gaul geht durch ...

## Glückwunsch, Oberbürgermeister Fritz Kuhn!

■ Als erste Landeshauptstadt Deutschlands hat Stuttgart einen Grünen zum Oberbürgermeister gewählt. Das ist eine historische Wegmarke in der Kommunalpolitik. Die Stuttgarter Rathausgrünen haben lange auf diesen Wechsel hingearbeitet und freuen sich nun sehr auf die Zusammenarbeit mit Fritz Kuhn. Sie überreichen ihm hiermit einen bunten Strauß kommunalpolitischer Ideen und hoher Erwartungen.



oft flüchtigen Entscheidungsstränge in der Stadt nicht genau verfolgte, hatte aus der Entfernung oft den Eindruck, das ist alles eines, ob Schuster oder Mappus.

Schon bei der Landtagswahl im vergangenen Jahr hatte daher der Slogan der Grünen von der „Politik des Gehörtwerdens“, von mehr Bürgerbeteiligung

von Kinderbetreuung und Schulen, die für viele den Unterschied machten – die Kommentatoren hatten beklagt, dass der Wahlkampf und die Podiumsdiskussionen langweilig waren, weil sowohl Kuhn als auch der CDU/FDP/FreiWähler-Kandidat Sebastian Turner ungefähr das gleiche versprochen haben.

## Wikipedia zum Begriff Hegemonie:

„Unter Hegemonie (von altgriechisch ἡγεμονία hēgemonía ‚Heerführung, Hegemonie, Oberbefehl‘; dieses von ἡγεμὼν hēgemón ‚Führer, Anführer‘) versteht man die Vorherrschaft oder Überlegenheit einer Institution, eines Staates, einer Organisation oder eines ähnlichen Akteurs in politischer, militärischer, wirtschaftlicher, religiöser und/oder kultureller Hinsicht. Gegenüber einem Hegemon (dem Machthaber in der Hegemonie) haben andere Akteure nur eingeschränkte Möglichkeiten, ihre eigenen Vorstellungen und Interessen praktisch durchzusetzen. Die theoretische/juristische Möglichkeit dazu mag zwar gegeben sein, doch die Umsetzung scheitert meist an den Einflussmöglichkeiten und der Übermacht des Hegemons.“

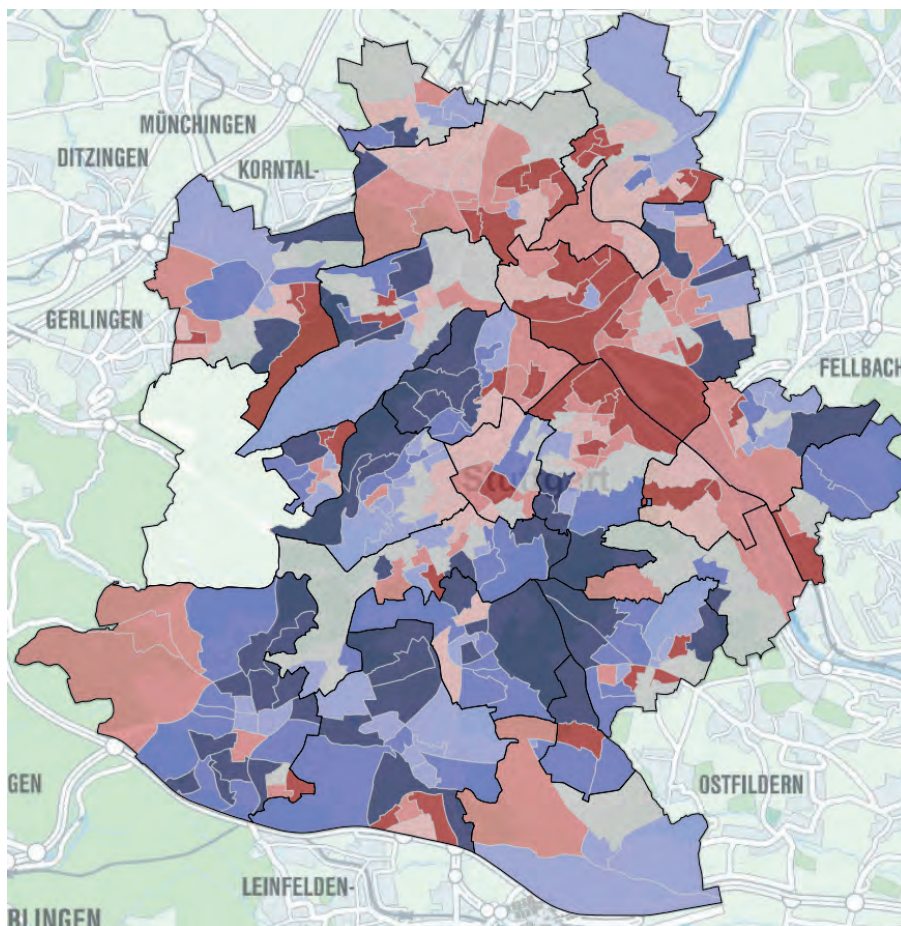
Da sich Fritz Kuhn (bei Jusos und der SPD sozialisiert) vermutlich auf Antonio Gramsci bezieht, sei auch die folgende Passage aus Wikipedia zitiert: „In theoretischer Auseinandersetzung mit der Politik und den Theorien des Leninismus, Stalinismus und italienischen Faschismus erarbeitete Antonio Gramsci in den 1920er Jahren eine marxistische Theorie des facettenreichen Verhältnisses von politischer Macht und Hegemonie. Mit Hegemonie wird im Anschluss an Gramsci ‚ein Typus von Herrschaft benannt, der im Wesentlichen auf der Fähigkeit basiert, eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen‘.“

## Was sagen die Zahlen?

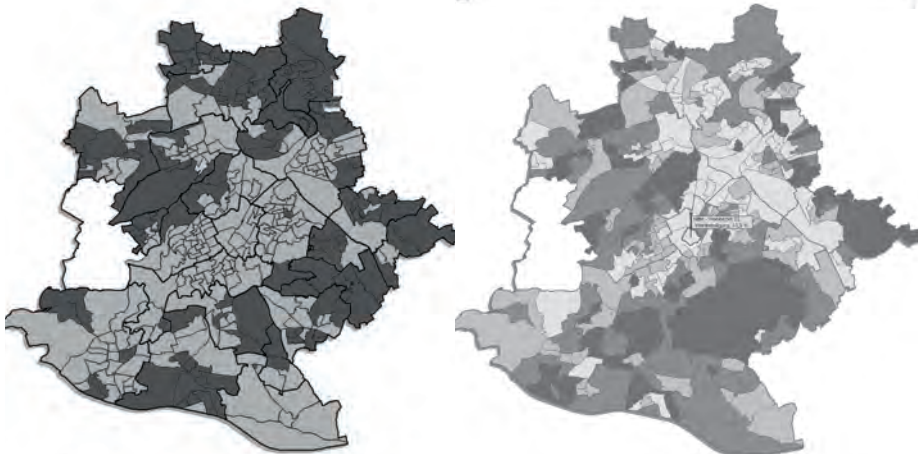
Der Grüne Fritz Kuhn vor allem in den „Halbhöhen“lagen und den Vierteln mit hohen Akademikeranteilen auf der Filderebene seine Stimmen geholt und lag dort deutlich vor dem CDU/FDP/Freie Wähler-Kandidaten Sebastian Turner. Der wiederum hat in den mehr handwerklich oder industriell geprägten Wahlbezirken im Neckartal bis nach Zuffenhausen mehr Wähler überzeugen können.

Die Betrachtung der Wahlbeteiligung liefert aber ein weiteres beunruhigendes Indiz. Am einfachsten lässt sich das an einem Beispiel erläutern: Im Stadtbezirk Untertürkheim hat der Grüne Kuhn nur in drei Wahlbezirken eine leichte Mehrheit. Turner lag in den sieben anderen vorne – in diesem Stadtteil, geprägt vom Weinbau und Daimler, war er der Favorit. Die Mehrheiten für den Grünen in zwei Bezirken entsprechen dem Trend, das sind Eigenheimsiedlungen, Halbhöhenlage, hoher Akademikeranteil.

Verwunderlich ist allerdings die (wenn auch sehr knappe) Mehrheit für Kuhn in dem Wahlbezirk unten im Talkessel entlang der Eisenbahn mit einem hohen Anteil von Zugewanderten und Hartz-IV-Empfängern, alles andere als typische Grünen-Wähler.



Anteile von Hartz-IV-Empfängern in den Wahlbezirken zur OB-Wahl: Je röter, desto mehr Hartz-IV-Empfänger über dem Durchschnitt, je dunkler (im Original blau), desto weniger. In der industrialisierten Achse, im Talkessel und in den älteren Großwohnsiedlungen sind die Anteile am höchsten; auf der Filderebene und den Halbhöhenlagen am geringsten.



Links: Hell die Stadtbezirke, in denen Fritz Kuhn (Grüne) eine Mehrheit hatte. Rechts die Wahlbeteiligung, je heller desto geringer.

Die Erklärung bringt die Wahlbeteiligung. Sie betrug dort nur 22,9%. Die Zugewanderten und die Armen sind im Großen und Ganzen nicht wählen gegangen.

Damit relativieren sich auch die angeblich grandiosen Wahlerfolge des Grünen Kuhn in den Innenstadtbezirken. Zwar erhielt er dort zum Teil weit über 60% der Stimmen, aber bei Wahlbeteiligungen unter 30% in den meisten Innenstadtwahllokalen relativieren sich solche Ergebnisse.

Beunruhigend ist diese Entwicklung, weil offensichtlich ein größerer Teil

der Bevölkerung sich gar nicht mehr repräsentiert sieht.

Die traditionelle Partei der „kleinen Leute“, die SPD, scheiterte schon im ersten Wahlgang. Die SPD, die den Aufstieg durch Bildung im Programm hat, erscheint funktionslos, wenn die Akademiker die Macht übernehmen.

Die CDU und zum Teil die Freien Wähler können zwar bei Facharbeitern und handwerklich geprägten Milieus vom Niedergang der SPD profitieren (das „C“ hat ja durchaus seine soziale Seite), aber der Millionär Turner war für viele einfach nicht wählbar.

# Türkei verhaftet Lehrer der Bildungsgewerkschaft Egitim-Sen

Im September letzten Jahres lud die GEW den Vorsitzenden und zwei weitere Kollegen ihrer Partnergewerkschaft Egitim-Sen in der Türkei zu einem Besuch in der Bundesrepublik ein.

Unter dem Motto „Gewerkschaftsrechte unterm Halbmond“ berichteten die drei Gewerkschafter über ihre Arbeit in der Türkei.

Neun Monate später im Juni 2012 werden Büros der Lehrergewerkschaft sowie weiterer Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes durchsucht. Mehr als 70 Gewerkschaftler werden verhaftet, darunter auch zwei der Kollegen, die uns im September 2011 besuchten.

Hasan Ölgün, Vorsitzender von Egitim-Sen in Tunceli, einer Stadt im kurdischen Osten der Türkei, ist bis heute in Haft. In seiner freundlich-zurückhaltenden Art berichtete er den GEW-Kollegen bei seinem Besuch in Karlsruhe über die Bedingungen in seiner Heimat.

„In meiner Grundschulklasse sprechen alle Kinder Kurdisch“, erzählte Hasan Ölgün. „Ich muss Türkisch mit ihnen reden, obwohl sie die Sprache nicht verstehen.“ Für die Grundschüler sei es eine demütigende Erfahrung, in der Schule nicht mehr die Sprache sprechen zu dürfen, die sie zu Hause mit ihren Eltern und Geschwistern sprechen. In seiner Region wohnen überwiegend Aleviten. Die Kinder seien gezwungen am islamisch-sunnitischen Religionsunterricht teilzunehmen, obwohl sie einer anderen Religionsgemeinschaft angehörten. „Der türkische Staat verfolge eine nationalistisch-islamistische Erziehung. Seine Gewerkschaft Egitim-Sen wehrt sich gegen den in der Türkei für alle Kinder verpflichtenden islamischen Religionsunterricht und fordert zudem das Recht auf muttersprachlichen Unterricht für nationale Minderheiten.“

Gewerkschafter werden mit Strafversetzungen, Anklagen und Verhaftungen bekämpft. „Wir wissen nie, wer als nächster ins Gefängnis gesteckt wird“, sagte Hasan Ölgün so ruhig und sachlich, als beschreibe er ein Naturgesetz.

Während Ministerpräsident Erdogan mit Blick auf Europa verspricht, die türkische Verfassung in Bezug auf Menschen- und Gewerkschaftsrechte zu verbessern, hat sich die politische Situation in der Türkei vor allem in den letzten zwei Jahren in Bezug auf demokratische Standards dramatisch verschlechtert. Nachdem die über Jahre andauernde Auseinandersetzung zwischen der islamisch ausgerichteten AKP-Regierung und dem kemalistisch ausgerichteten Staatsapparat endgültig zu Gunsten der AKP entschieden ist, begibt sich die Türkei auf den Weg

zu einer Ein-Parteien-Diktatur.

Sämtliche gesellschaftlich relevanten Positionen werden kontinuierlich mit Vertrauensleuten der AKP besetzt. Kritische Berichterstattung über die Regierungspolitik ist in den Medien nicht erwünscht. Die wenigen mutigen Journalisten, die sich nicht zum Schweigen bringen lassen, werden entweder entlassen oder mit Strafverfahren überzogen und inhaftiert.

Es wird von den deutschen Medien wenig beachtet, dass sich die Lage für alle – egal ob Gewerkschaften, Parteien oder andere Organisationen –, die in Opposition zur herrschenden AKP-Regierung stehen, immer bedrohlicher wird. Tausende von Oppositionellen sind aufgrund von kritischen Meinungsäußerungen oder aufgrund ihres politischen Engagements inhaftiert.



Vor allem die kurdische Partei BDP ist der Regierungspartei ein Dorn im Auge. Während die AKP in den meisten türkischen Städten die Bürgermeister stellt und die Kommunalparlamente dominiert, siegte im kurdischen Südosten der Türkei vielerorts die kurdische BDP. Zahlreiche kurdische Bürgermeister, Kommunalpolitiker, Gewerkschafter, Journalisten und Intellektuelle sind mit teilweise abstrusen Begründungen im Gefängnis.

Im November 2011 wurde u.a. die Frauensekretärin von Egitim-Sen zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt.

## Prozess-Auftakt gegen Gewerkschafterinnen in der Türkei

Mehr als 60 Kolleginnen und Kollegen des Dachverbands der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst KESK und der Bildungsgewerkschaftsgewerkschaft Egitim-Sen befinden sich derzeit in der Türkei in Haft. Am 4. Oktober 2012 fand vor dem Strafgerichtshof in Ankara die erste Anhörung von 15 angeklagten Kolleginnen statt. Neun der Frauen befanden sich seit ihrer Festnahme im Februar d.J. in Haft. Am Ende der Anhörung gibt es gute und schlechte Nachrichten: Sechs Kolleginnen kommen frei – der Haftbefehl gegen drei Kolleginnen bleibt bestehen.

In der 130-seitigen Anklageschrift

wird den Frauen ihre Gewerkschaftstätigkeit wie Vorbereitung des Internationalen Frauentags, die Teilnahme an einer Gewerkschaftskonferenz in Diyarbakir, der Besitz von oppositionellen Büchern u. ä. vorgeworfen. Dies alles – so der Staatsanwalt – hätten sie auf Befehl der KCK, des „legalen Arms der PKK“ getan. In der Diktion der Anklage sind sie somit Mitglieder einer terroristischen Vereinigung.

Während der Anhörung äußern sich die verhafteten Frauen zu den Anklagepunkten. Sie bekennen, dass sie gewerkschaftliche Aktivistinnen sind und für Demokratie sowie Gewerkschafts- und Frauenrechte eintreten, bestreiten aber auf irgendeinen Befehl hingehandelt oder an illegalen Treffen teilgenommen zu haben.

„Würde man die Begriffe PKK und KCK aus der Anklageschrift streichen, so bliebe nichts mehr übrig, was eine Verurteilung rechtfertigen könne“, fasst einer der Anwälte die Kritik an der konstruierten Anklage zusammen. Die in der Türkei bestehenden Probleme wie der Kurdenkonflikt müssen auf politischem Wege angegangen werden, so ein anderer Rechtsanwalt. „Politische Konflikte können nicht durch Gerichte gelöst werden.“ Die Angeklagten haben Zivilcourage und Einsatz für Demokratie, Frauenrechte und Frieden gezeigt.“

An die Tausend KESK-Mitglieder aus allen Teilen der Türkei versammelten sich am Morgen des 4. Oktober vor dem Justizgebäude in Ankara. Sie blieben bis zum Ende der Verhandlung gegen 21 Uhr, um ihre Solidarität mit den verhafteten KESK-Frauen zu demonstrieren.

Unterstützt wurden sie von einer 22-köpfigen internationalen Gewerkschaftsdelegation aus Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Deutschland, Belgien, Schweden, Zypern und Griechenland. Unter den Prozessbeobachtern befanden sich auch Stephen Benedict, Leiter der Abteilung für Menschen- und Gewerkschaftsrechte beim Internationalen Gewerkschaftsbund in Brüssel sowie Jan Willem Goudriaan, Stellvertretender Generalsekretär der EPSU (Europäischer Dachverband der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst). Die GEW wurde von Süleyman Ates und Sabine Skubsch vertreten.

Von den KESK-Gewerkschaftskollegen wurde vielfach die Ansicht vertreten, dass die starke Präsenz ausländischer Prozessbeobachter mit zur Freilassung der Kolleginnen beigetragen habe.

Das Verfahren wird am 13. Dezember 2012 fortgesetzt. *Sabine Skubsch*

## DHL verweigert Dialog mit der türkischen Gewerkschaft

Mit einer Kampagne wollte die türkische Gewerkschaft Tümtis Mitglieder in der Logistiksparte von DHL in Istanbul werben. Die Reaktion des Unternehmens: Rund 20 gewerkschaftlich aktive Mitglieder wurden entlassen, das Gespräch mit den Gewerkschaften verweigert. Die stellvertretende Verdi-Vorsitzende Andrea Kocsis sicherte dem Tümtis-Vorsitzenden Kenan Öztürk die Unterstützung Verdis zu. „Das Recht der Beschäftigten, sich gewerkschaftlich zu engagieren, muss anerkannt werden. Wir erwarten, dass es zu einer konstruktiven Zusammenarbeit des Unternehmens mit der Gewerkschaft Tümtis kommt“, forderte Kocsis von der Deutschen Post. In dem betroffenen Betrieb arbeiten knapp 1.300 Beschäftigte und rund 1.000 Leiharbeiter/innen. Ziel der Tümtis ist es, Bezahlung und Arbeitszeit zu verbessern.

Quelle: Verdi news, 6.10.2012

## Türkei: Kampagne für die Pressefreiheit

Die Europäische Journalisten-Föderation EJF hat beschlossen, den diesjährigen Aktionstag „Stand up for Journalism“ am 5. November 2012 den angeklagten und großteils inhaftierten Journalistinnen und Journalisten in der Türkei zu widmen. Dabei hofft die EJF auf vielfältige, öffentliche Unterstützungsaktionen durch die Mitgliedsgewerkschaften in Europa, natürlich auch der DJU in Verdi. Der Vorstand der EJF fordert alle Journalistinnen und Journalisten auf, wie schon vor zwei Jahren, in Protestbriefen an die türkischen Botschafter auf Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei zu dringen. Am 6. November 2012 wird der EJF-Vorsitzende Arne König dazu in einer öffentlichen Anhörung des Europäischen Parlaments sprechen. Anschließend ist eine Demonstration vor dem Europäischen Parlament geplant, bei der auch die „Arrested Gazette“, ein Auszug aus der von den Inhaftierten zusammengestellten Zeitung aus dem Knast, verteilt werden soll. Das Sekretariat der EJF bittet um Meldung aller geplanten Protestveranstaltungen und wird diese auf einer speziellen Protestseite zusammenfassen. Der Aufruf der EJF erschien in englischer und französischer Sprache. Die „Arrested Gazette“ ist in Englisch geschrieben. Quelle: <http://dju.verdi.de/aktuell>

## Philippinen: Coca-Cola soll Arbeitnehmerrechte respektieren

Coca-Cola Philippinen zwingt tausenden Arbeitnehmer/innen seit zwei Jahren ein neues persönliches Leistungs-



system auf, das die Lohnverhandlungsrechte durch willkürliche individuelle Gehaltserhöhungen und eine Reihe von Strafmaßnahmen ersetzt, zu denen Null Gehaltserhöhung und die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses nach nur 6 Monaten gehören.

Unterdessen wurde das Versprechen, nach Neuinvestitionen in Höhe von 900 Millionen US-Dollar hundert Festanstellungen zu schaffen, über Nacht verworfen und zu prekärer Beschäftigung und Auslagerung zurückgekehrt. Gewerkschaften, die gegen diese Maßnahmen protestierten und von einer Bedrohung der Arbeitnehmerrechte und Arbeitsplatzsicherheit sprachen, gerieten unter Druck und sahen sich gezwungen, ihren Protest auf die Straße zu tragen. Ihnen schlossen sich seither andere Gewerkschaften, Jugendverbände und Organisationen der sozialen Bewegung an, die heute eine landesweite Kampagne lancieren, um von Coca-Cola zu verlangen, dass es die Arbeitnehmerrechte respektiert.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 23.10.2012

## Produktion zu Hungerlöhnen

Verdi gehört zu den Initiatoren einer internationalen Kampagne für Beschäftigungsrechte entlang der Textil-, Bekleidungs- und Einzelhandelskette. Gestartet wurde sie am 20. September in Berlin. Mehr als 60 Prozent der von europäischen Markenunternehmen angebotenen Kleidung wird in Asien produziert. Die Textilarbeiter/innen und Näherinnen in China, Sri Lanka, Indien und andernorts arbeiten unter katastrophalen Bedingungen und werden miserabel entlohnt. Zwischen 2006 und 2010 kamen allein in Bangladesch 550 Beschäftigte bei Fabrikbränden ums Leben, bei einem Großbrand in Pakistan waren es aktuell fast 300. Diesen Schattenseiten der Globalisierung will die Kampagne entgegenwirken. Mit vier Kernforderungen soll die Situation vor Ort verbessert und auch Konzerne des Bekleidungs Einzelhandels in die Pflicht genommen werden. Es gehe darum, Brandschutzvereinbarungen unterzeichnen zu lassen und umzusetzen, die Löhne zu verbessern, Zugangsrechte für Gewerkschaften in den Fabriken durchzusetzen sowie Zulieferer offenzulegen und Transparenz zu gewährleisten, erklärte Johann Rösch, Verdi-Experte für Textilwirtschaft. Das alles sei dringend nötig, bekräftigten asiatische Gäste beim offiziellen Kam-

pagnenstart. Meghna Sukumar von der indischen Textil- und Modearbeitergewerkschaft GAFWU schilderte, unter welch entwürdigenden Bedingungen vor allem junge Frauen in Südindien für große europäische Modelabels arbeiten. Diese Labels missachteten häufig ihre eigenen Verhaltenskodex und scherten sich nicht um Produktionsbedingungen in Asien. Gearbeitet werde unter immensem Zeitdruck bei fehlendem Gesundheits- und Arbeitsschutz, sexuelle Belästigung in den Fabriken sei keine Ausnahme. Seit 2004 stagniere die Bezahlung – trotz gestiegener Lebenshaltungskosten. Anton Marcus, Generalsekretär der Gewerkschaft FTZ & GSEU aus Sri Lanka, verwies auf Monatseinkommen von umgerechnet 52 bis 55 Euro für zehn und mehr Arbeitsstunden täglich, oft ohne Freizeit an Sonn- und Feiertagen. Die Unternehmen sparten sich Sozialausgaben. Gewerkschaften, so Marcus, brauchten dringend Zugang zu den Fabriken, um die Beschäftigten über vorhandene Rechte aufzuklären. Dass der US-Branchenriese PVH Corp. (Tommy Hilfiger, Calvin Klein) eine Million Dollar in ein Brandschutzprogramm für Textilfabriken in Bangladesch investieren will, sobald drei große Mitbewerber sich dem anschließen, begrüßte Johann Rösch. Tchibo hat mittlerweile ebenfalls die Brandschutzvereinbarung unterzeichnet. Der Gewerkschafter richtete einen Beteiligungsappell an Unternehmen wie Metro, H & M und Zara. Dort machen sich auch Beschäftigte, nationale und europäische Betriebsräte für die Kampagne stark.

Quelle: verdi news

## Solidarität mit Näherinnen

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Beschäftigte bei asiatischen Textilproduzenten sind meist schlecht. Betriebsräte der Modehäuser von H&M, Zara und Metro haben sich im letzten Jahr selbst ein Bild der Lage vor Ort in Bangladesch gemacht. Johann Rösch, Verdi-Textilexperte, berichtet: „Wir haben mit schlimmen Verhältnissen gerechnet, aber die Realität hat uns schockiert.“ Der Kampf der Näherinnen für bessere Bedingungen habe die deutschen Gewerkschaften „tief beeindruckt“. Um die Problematik noch stärker in das Bewusstsein zu rücken, hat Verdi mit weiteren Organisationen und Gewerkschaften die internationale Kampagne „ExChains“ gestartet. Gefordert wird unter anderem, dass Brandschutzvereinbarungen von den Modeketten unterzeichnet werden, um die Beschäftigten besser zu schützen. Außerdem sollen höhere Löhne gezahlt werden. Verdi rechnet vor, dass 12 Cent mehr pro Shirt für eine Näherin in Asien ein um 50 Euro höheres Mo-

natseinkommen bedeuten würde. Gewerkschaften sollen Zugangsrechte zu den Werken bekommen. Zulieferketten sollen transparenter werden.

Quelle: [www.bit.ly/exchains](http://www.bit.ly/exchains), dgb-einblick 16/2012

## Bolivians Bergleute streiken und blockieren

Der Dachverband der bolivianischen Gewerkschaften (Central Obrera Boliviana, COB) hat am Mittwoch, dem 26.9., einen 72-stündigen landesweiten Streik zur Unterstützung der staatlich beschäftigten Bergleute im Gebiet Colquiri begonnen. Der COB steht hinter dieser Gruppe von Bergarbeitern und fordert die vollständige Verstaatlichung der Zink- und Zinn-Minen von Colquiri. Auf der anderen Seite stehen unabhängigen Bergleute, die in Kooperativen zusammengeschlossen sind und die ebenfalls Schürfrechte fordern. In der vergangenen Woche war es am Regierungssitz La Paz zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen gekommen, in deren Verlauf ein Arbeiter starb. Im Zuge des nun begonnenen Streiks sind mehrere Protestkundgebungen vor dem Regierungssitz und auf dem Murillo-Platz, ein Marsch vom Zentralfriedhof ins Stadtzentrum, Straßensperren sowie ein Fackelzug vorgesehen. Die Filialen des COB in den anderen Departements des Landes organisieren jeweils die dort stattfindenden Aktionen. Die unabhängigen Bergleute haben an verschiedenen Stellen im Land ihrerseits Straßensperren errichtet. Anfang der Woche hatte die Regierung die Rechte der Kooperativen teilweise anerkannt. Da aber die Bergleute des staatlichen Konzerns Comibol die Rückkehr der unabhängigen Bergleute verhindern, bleibt der Konflikt vorerst ungelöst. Die staatlichen Bergleute wollen zunächst die Basis zu den Lösungsvorschlägen befragen.

Quelle: <http://amerika21.de>, 29.9.2012

## China: Angriffe gegen arbeitspolitische NGOs stoppen

Über zehn unabhängige arbeits- und betriebspolitische Organisationen sind in Shenzhen, China, gezwungen worden, ihre Arbeiterzentren und -büros zu schließen. Im Unterschied zu Organisationen aus dem sozialen und Stadtteil-Service-Bereich hat bis jetzt keine der Arbeiterorganisationen eine Registrierung beim Ministerium für Bürgerangelegenheiten in Guangdong und der Stadt Shenzhen erhalten können. Einige Beispiele: „Little Grass Worker's Home“ wurde vom Vermieter aufgefordert, ihre Räume im Juli zu verlassen und von der örtlichen Feuerinspektion zu einer Strafe von 50 000 RMB (ca. 6.100 Euro) verurteilt, weil das Büro



angeblich Brandschutzbestimmungen verletzt hatte. Später fand eine Untersuchung durch die Steuerbehörde wegen Verdachts auf Steuerhinterziehung statt, weil die Organisation, die beim Industrie- und Handelsministerium registriert war, niemals Steuern an die Regierung gezahlt habe. Am 30. August wurde Little Grass Workers's Home von Unbekannten unter Zwang aus den Räumen geräumt. Dagongzhe Centre wurde von der Regierung seit 2007 schikaniert und musste Mitte Juni nach einer zweimonatigen Auseinandersetzung mit dem Vermieter und der Regierung schließen. Das Zentrum ist vor einigen Wochen in neue Räume in einem Nachbardistrikt umgezogen. Weniger als eine Woche nach der Wiedereröffnung wurden die neuen Räume vom Handels- und Industrieministerium durchsucht und gedroht, es erneut zu schließen. Diese Organisationen wünschen sich mehr internationale Berichterstattung und Unterstützung von der internationalen Gewerkschaftsbewegung, um ihre Position gegenüber der Regierung in Verhandlungen über offizielle Anerkennung und rechtlichen Schutz für ihre Arbeit zu stärken und um ihre Zentren wieder in die Orte zurückverlegen zu können, wo sie ursprünglich gearbeitet haben.

Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net>

## ITF begrüßt die Gründung eines Netzwerks der Gewerkschaft bei Walmart

Bei einem Gewerkschaftstreffen vom 3. bis 5. Oktober in Los Angeles (USA) wurde die globale UNI-Gewerkschaftsallianz für Walmart ins Leben gerufen, ein weltweites Netzwerk von Gewerkschaften beim Einzelhandelsunternehmen Walmart. Das neue Bündnis verständigte sich auf einen Plan für den Kampf für Gewerkschaftsrechte an allen Standorten von Walmart und die Intensivierung der Beziehungen zu anderen globalen Gewerkschaftsverbänden, wie der ITF, denen Gewerkschaften im Bereich der Lieferkette von Walmart angeschlossen sind.

Ingo Marowsky, der ITF-Koordinator für globale Organisationsarbeit, begrüßte die Maßnahme: „Die ITF freut sich über die Gründung der UNI-Gewerkschaftsallianz für Walmart. Es ist seit langem aktenkundig, dass Walmart Beschäftigungsbedingungen aushöhlt und Gewerkschaftsrechte

missachtet.“ „Viele Beschäftigte bei Walmart wollen sich nun die ausbeuterischen Bedingungen des Unternehmens nicht länger gefallen lassen“, so Marowsky weiter. „Im vergangenen Jahr wurden schwerwiegende Verletzungen der Rechte US-amerikanischer Lagerbeschäftigter enthüllt, beispielsweise im Januar 2012, als das Unternehmen Beschäftigten, die Klage gegen die Nichteinhaltung von Mindestlöhnen erhoben, mit Kündigung drohte. Streikende Beschäftigte organisierten vor kurzem in Kalifornien einen 50 Meilen langen Protestmarsch von Ontario zum Rathaus von Los Angeles. Die ITF steht hinter dem Kampf dieser Arbeitnehmer/innen für ihre Grundrechte und wird diese Unterstützung im Schulterschluss mit der UNI fortsetzen.“

UNI-Generalsekretär Philip Jennings erklärte: „In Los Angeles läuft ein Streik gegen Entlassungen und Schikanen gegenüber Beschäftigten, die sich trauen, dem Unternehmen die Stirn zu bieten und sich zu organisieren. Es ist an der Zeit, sich gegen die



Repressalien zur Wehr zu setzen. Walmart sollte der neuen Realität ins Auge sehen. Das Unternehmen hat es nun mit einer globalen Allianz zu tun, die bereit ist, weltweit für menschenwürdige Arbeit und die Rechte der Belegschaften bei Walmart zu kämpfen.“

Zeitgleich mit dem Gewerkschaftstreffen fanden weitere Streiks gegen in Einzelhandelsunternehmen und Lagerhäusern von Walmart statt. In Kalifornien traten erstmals in der Geschichte des Unternehmens Angelstellte von Einzelhandelsgeschäften in den Ausstand. Fünfzig streikende Beschäftigte von Niederlassungen in Los Angeles trafen sich mit anderen Vertreter/innen von Gewerkschaften bei Walmart. In Elwood, Illinois, kehrten die Beschäftigten beim Vertragsunternehmen Roadlink am 7. Oktober an ihre Arbeitsplätze zurück, nachdem die Unternehmensleitung sich zur Fortzahlung ihrer Gehälter für die Dauer ihres dreiwöchigen Streiks bereit erklärt hatte.

Am 9. Oktober weitete sich der Arbeitskampf mit weiteren Streiks in Dallas (Texas), Miami (Florida), Seattle (Washington), Laurel (Maryland) und ganz Kalifornien über die gesamten Vereinigten Staaten aus.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 10.10.2012

## Die Rückkehr des Krieges in die Politik

KASSEL. Zum „Friedensratschlag“ 2012. Nach der Präsidentenwahl in den USA richtet sich das Augenmerk der Welt auf das, was vom arabischen Frühling noch übrig geblieben ist. Die Nato-Intervention in Libyen, die Kriegsdrohungen gegen Iran und die unverhüllten Versuche, auch in Syrien einen Regimewechsel mit Gewalt herbeizuführen, können einen gefährlichen Flächenbrand im Nahen Osten auslösen – mit verheerenden Folgen für die krisengeschüttelte Weltpolitik – und für das Völkerrecht. Der Themen sind aber noch viel mehr: Die Bundeswehr wird nicht nur zur globalen Interventionsarmee, sie soll auch im Inneren eingesetzt werden; neue Waffen „revolutionieren“ die Kriegführung der Nato; Rüstungsexporte beunruhigen nicht nur die Friedensbewegung; und die Allianz aus Konzernen, Politik, Militär und Medien bedrohen Frieden und Demokratie. Der „Friedenspolitische Ratschlag“ in Kassel kommt zur richtigen Zeit. Sa/So, 1./2. Dez. 2012, Universität Kassel.

[www.ag-friedensforschung.de/](http://www.ag-friedensforschung.de/)

## Rette sich, wer kann! Das Risiko sichtbar machen

HAMBURG. Aktionswoche gegen den Weiterbetrieb von neun Atomkraftwerken in Deutschland. Die Bundesregierung und viele Massenmedien vermitteln den Eindruck, als wäre mit dem sogenannten „Ausstiegsbeschluss“ des Bundestages vom Juni 2011 das Atomzeitalter in Deutschland Vergangenheit, als gäbe es keine Gefahren aus Atomkraftwerken mehr. Dabei sind weiterhin neun gefährliche Reaktoren am Netz – und die meisten werden nach derzeitigen Plänen noch bis 2022 laufen. Jeden Tag kann die Katastrophe passieren. Davon betroffen wären weitaus mehr Menschen, als gemeinhin angenommen. Ernsthafte Katastrophenschutzpläne gibt es nur für eine Zone von 25 Kilometern um jeden Reaktor – und selbst diese werden im Ernstfall kaum helfen können. Mit Bergen von Jodtabletten, dicken Ordnern voller Pläne und ein paar Dekontaminationsfahrzeugen – so lässt sich ein Super-GAU überstehen, wollen uns Behörden und AKW-Betreiber glauben machen. Die meisten Menschen wissen nichts davon, dass ihr Wohnort unmittelbar bedroht ist, dass sie nicht bleiben und nicht mehr zurückkehren können, wenn es passiert. Selbst, wenn es in der 25-Kilometer-Zone klappen sollte: Noch Gebiete 170 Kilometer weit weg vom Reaktor könnten bei einem Super-GAU unbewohnbar werden – je nach Wetter und Menge der freigesetzten Radioaktivität auch noch weiter. Millionen Menschen müssten fliehen. Das

hat das Bundesamt für Strahlenschutz in einer Modellrechnung nachgewiesen ... Deshalb ruft „ausgestrahlt“ zu einer bundesweiten dezentralen Aktionswoche vom 5. bis 11. November auf, um das Risiko sichtbar zu machen. Jede/r kann dabei mitmachen, ob als Einzelperson, gemeinsam mit FreundInnen oder in einer Gruppe organisiert. Unser Ziel ist es, in möglichst vielen Orten die Menschen über die Gefahren aufzuklären. Das kann nur gelingen, wenn viele mitmachen. [www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de)

## Demonstration und Aktionen des zivilen Ungehorsams angekündigt

FRANKFURT. Der Widerstand gegen die europaweite Verarmungspolitik der Troika aus IWF, EU-Kommission und EZB geht weiter: Das Blockupy-Bündnis plant für das Frühjahr 2013 erneut gemeinsame zentrale Aktionstage in Frankfurt. Das ist das Ergebnis eines Bewegungsratschlages, zu dem am Wochenende mehr als 500 Aktive in Frankfurt am Main zusammen gekommen sind. Neben einer großen Demonstration soll es erneut vielfältige Proteste unter einem Dach geben, einschließlich Aktionen des zivilen Ungehorsams. Konkrete Verabredungen wollen die Aktiven bei einem erneuten Treffen am 16. Dezember in Frankfurt treffen ... Um eine gemeinsame europäische Mobilisierung zu ermöglichen, werden Blockupy-Vertreterinnen und -Vertreter zuvor die gemeinsamen Vorschläge beim Treffen Agora 99 am 2. bis 4. November in Madrid sowie beim Europäischen Sozialforum vom 8. Bis 11. November in Florenz und einbringen und die dortigen Diskussionsergebnisse zurück nach Frankfurt tragen. Blockupy-Sprecher Roland Süß: „Wir verstehen Blockupy als Teil des internationalen Widerstandes gegen die unsoziale und undemokratische Krisenpolitik der Troika und sind solidarisch mit den Protesten in Griechenland, Spanien, Portugal und anderen Ländern.“ Das Bündnis ruft daher dazu auf, den für den 14. November ausgerufenen europäischen Generalstreik mit dezentralen Solidaritätsaktionen zu unterstützen. Auch an der Mobilisierung zu weiteren internationalen Protesten will sich Blockupy beteiligen. Darüber hinaus gibt es bereits Überlegungen für Aktivitäten in 2014. Martin Behrsing vom Erwerbslosen-Forum Deutschland ergänzte: „Die Zustände in Europa machen es notwendig, dass wir soziale Gerechtigkeit einfordern und den Neoliberalismus in Frage stellen – europaweit.“ [www.elo-forum.net/](http://www.elo-forum.net/)

## Topforchester gegen Nahrungsmittelspekulation

BERLIN. Mit 868 leeren Kochtöpfen haben heute (14.10.2012) über 400 Menschen in Berlin die Bundesregierung aufgefordert, der Spekulation mit Nahrungsmitteln einen Riegel vorzuschieben. Nahrungsmittelspekulation ist eine der Ursachen dafür, dass weltweit 868 Millionen Menschen hungern. Die Demonstrantinnen und Demonstranten bildeten vor dem Brandenburger Tor ein Protestorchester, bei dem eine Samba-Band den Takt vorgab. Anschließend zogen sie in einer Krach-Demo vor das Bundeskanzleramt. „Spekulation an den Agrarbörsen treibt die Preise für Weizen, Mais und Soja in die Höhe. Angesichts von weltweit 868 Millionen hungernden Menschen müssen Angela Merkel und Wolfgang Schäuble jetzt die Zockerei mit Nahrungsmitteln in der EU beenden“, sagte Christoph Bautz von Campact. „Im Zuge der EU-Finanzmarktreform muss sich die Regierung für



Foto: Jakob Huber/Campact

verbindliche Positionslimits einsetzen, die die Anzahl der Rohstoffgeschäfte begrenzen, die ein Händler tätigen darf.“ „... Zu der Aktion hatten das Kampagnennetzwerk Campact, das globalisierungskritische Netzwerk Attac und die Entwicklungsorganisation Oxfam im Bündnis mit acht weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgerufen. Die Organisationen forderten Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble auf, in Brüssel im Rahmen der Verabschiedung der Europäischen Finanzmarkt-Richtlinie (MiFID) die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln an europäischen Börsen zu stoppen. Der Ministerrat wird darüber voraussichtlich im November abstimmen. Anlass der Aktion ist der Welternährungstag am 16. Oktober.“ <http://blog.campact.de>

## Demonstration am 10.11.2012 in Köln-Chorweiler

KÖLN. Das Bündnis „Verfassungsschutz auflösen!“ ruft für den 10.11.2012 unter dem Motto „Verfassungsschutz auflösen – Rassismus bekämpfen!“ zu einer Demonstration in Köln-Chorweiler vor

dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) auf. Hier der Aufruf:

Vor einem Jahr wurde bekannt, dass die NaziterroristInnen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) sieben Jahre lang unter den Augen der Sicherheitsbehörden zehn Menschen ermorden und zwei Sprengstoffanschläge verüben konnten. Jahrelang leugnete die Polizei die rassistischen Hintergründe der Morde und machte die Opfer auch noch zu Tätern, indem sie in Richtung organisierter „Ausländer-Kriminalität“ ermittelte. Eine Angehörige eines Opfers musste neunmal als Verdächtige bei der Polizei erscheinen, andere wurden monatelang von verdeckten ErmittlerInnen ausgespäht. Die Ermittler und Ermittlerinnen gaben der Sonderkommission den Namen „Soko-Bosporus“, von den Medien wurde der Begriff „Döner-Morde“ geprägt und verbreitet. Beide Ausdrücke stellen rassistische Stereotype dar, mit denen die Gewalttaten verharmlost und die Opfer herabgewürdigt werden. Diese sind nur Beispiele für einen alltäglichen institutionalisierten Rassismus, dem Menschen in Deutschland ausgesetzt werden. Rassismus steckt nicht nur in der Gesetzgebung dieses Landes, auch das Personal macht keinen Hehl daraus, wo seine Sympathien liegen. Verschiedene Ebenen in den Verfassungsschutzämtern hatten nicht nur von den Taten des rechtsterroristischen Trios Kenntnis, sondern unterstützten das Umfeld des NSU zudem mit bezahlten V-Männern und -Frauen, von denen eine/r die NaziterroristInnen mit Sprengstoff belieferte. Mehrmals hatten die Behörden Hinweise auf die Aufenthaltsorte der zur Fahndung ausgeschriebenen TerroristInnen – und handelten nicht! Nach Bekanntwerden der Taten des NSU wurde zudem eine erschreckende Politik der Verschleierung losgetreten: Geschredderte und verheimlichte Akten, konsequente Lügen in Untersuchungsausschüssen, wenige, viel zu späte, Rücktritte von Verantwortlichen. Man will uns weismachen, dass eine Serie von Pannen die Ermittlung der Behörden behinderte. Tatsächlich hat die Öffentlichkeit in diesem Fall einen Einblick in die skandalöse alltägliche Arbeitsweise der Geheimbehörden bekommen: Sammeln von Informationen und taktisches Unterdrücken oder Weiterleiten derselben. Individuelle Seilschaften innerhalb und zwischen den Behörden steuern nach Gutdünken den Umgang mit Informationen ... Deshalb: Auf nach Köln. Hauptsitz des Verfassungsschutzes und des Militärischen Abschirmdienstes MAD und die Stadt, in der zwei Bombenanschläge des NSU stattfanden.

- Für die Offenlegung aller Informationen bezüglich VS/NSU und der Unterstützung von Neonazis durch den

Verfassungsschutz und andere Geheimdienste!

- Für einen Untersuchungsausschuss, in dem alle Menschen dieser Gesellschaft durch VertreterInnen ihres Vertrauens Zugang zu allen Informationen haben!
- Gegen Rassismus und Ausgrenzung!
- Solidarität mit den NSU-Opfern und ihren Angehörigen! Entschädigung für die rassistischen und diffamierenden polizeilichen Ermittlungen.
- Verfassungsschutz auflösen – Geheimdienste abschaffen! [www.rote-hilfe.de/](http://www.rote-hilfe.de/)

### **Kultusministerium fordert Neutralität bei Besuchen von Jungoffizieren in der Schule**

DÜSSELDORF. Seit Jahren macht die LSV NRW darauf aufmerksam, dass durch Jungoffiziere im Unterricht der Beutelsacherkonsens nicht eingehalten werden kann. Auch das Kultusministerium hat nun diese Einsicht und hat den Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr erneuert. Die LSV NRW begrüßt diese Entwicklung zunächst sehr. Neu und besser ist vor allem, dass die Lehrkräfte dazu angehalten werden, die Neutralität zu bewahren. Um eine kontroverse Diskussion im Unterricht zu gewährleisten, wird ein Etat von 30 000 Euro zur Verfügung gestellt, der die Fahrt- und andere Kosten für Friedensorganisationen decken soll. Diese Entwicklung ist zunächst auch aus SchülerInnensicht sehr zu begrüßen, und wenn eine Lehrkraft es für förderlich hält, die Bundeswehr in die Schule einzuladen, sollte auch die Möglichkeit genutzt werden, eine dazu konträre Position zu hören, wie beispielsweise eine Friedensorganisation, weshalb wir dazu anhalten, diesen Etat im gegebenen Fall auch zu nutzen. Allerdings ist auch das nicht das, was sich die LSV NRW wünscht. Die Aufgabe, die dem/der LehrerIn hier gestellt wird, ist nahezu nicht zu bewältigen. Der eingeladene Jungoffizier ist dazu angehalten, neutral über die Arbeit in der Bundeswehr zu berichten und darf nicht für Berufe in der BW werben. Es ist allerdings leichtgläubig zu denken, die BW scheue keine Kosten und Mühen, rhetorisch ausgebildete Jungoffiziere in die Schulen zu schicken, um dort über Krieg und Frieden neutral aufzuklären. Natürlich will die BW ihre Vorteile aus diesem Aufwand ziehen. Und auch die Annahme, beispielsweise eine Friedensorganisation könne mit ihrer Anwesenheit das Gespräch kontrovers machen, ist eine Utopie. Die Friedensorganisationen haben nicht wie die Bundeswehr, die Intention ihren Verein für die jungen SchülerInnen besonders schmackhaft zu machen und auch nicht die Mittel, ihre Mitwirkenden so dafür auszubilden, dass diese dazu im Stande wären. Sie sind auch nicht dafür ausgebildet, den rhetorisch

sehr gut geschulten Jungoffizieren so entgegenzutreten, dass eine gleichgewichtige Debatte möglich wäre. Das, was sich das Kultusministerium wünscht, ist also sehr löblich, allerdings auch sehr unrealistisch. Es wird weiterhin durch diese Kooperationsvereinbarung zu einer schleichenden Militarisierung der Gesellschaft kommen, indem die Bundeswehr als „normaler Arbeitgeber“ verkauft wird. Sie ist aber kein „normaler Arbeitgeber“, und vor allem darf sie es nicht sein, denn Militär in Form einer Berufsarmee und Krieg dürfen nicht an Normalität gewinnen. Das wäre mit das Gefährlichste, was uns passieren könnte. [www.lsvnrw.de/](http://www.lsvnrw.de/)

### **Mehr Demokratie begrüßt Kompromiss zum Bundeswahlrecht**

Berlin. Der Verein Mehr Demokratie zeigt sich zufrieden mit dem vorläufigen Kompromiss zwischen Union, FDP, SPD und Grünen zur Neugestaltung des Bundeswahlrechts. „Übergangmandate, die den Wählerwillen verzerren und zu unterschiedlicher Gewichtung der Wählerstimmen führen, sollen bei der nächsten Bundestagswahl komplett ausgeglichen werden“, so Michael Efler, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie. „Dieser Kompromiss ist auch ein Ergebnis unserer erfolgreichen Verfassungsbeschwerde.“ Neben dem sogenannten Ausgleichsmodell war auch ein Verrechnungsmodell nach dem Mathematiker Friedrich Pukelsheim im Gespräch gewesen. Die durch das jetzige Kompromissmodell verursachte Vergrößerung des Bundestages sieht Mehr Demokratie als untergeordnetes Problem. „Wichtig ist zunächst, dass alle Wählerstimmen gleich viel Gewicht bekommen und das Wahlrecht fair ausgestaltet ist“, so Efler. „Zudem hat Deutschland im europaweiten Vergleich das verhältnismäßig kleinste Parlament.“ Auf ein Bundestagsmitglied kommen in der Bundesrepublik rund 100 000 Wahlberechtigte. Durchschnittlich vertreten einzelne Abgeordnete in der Europäischen Union nur rund 38 000 Wahlberechtigte. „Langfristig sollte ein Modell gefunden werden, das Überhangmandate komplett vermeidet – etwa durch die Bildung von Mehrmandatswahlkreisen – und nicht zur Aufblähung des Bundestages führt“, meint Efler. Dies sei aber in der kurzen Frist bis zur nächsten Bundestagswahl unmöglich gewesen und bleibe eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode. Mehr Demokratie und Wahlrecht.de hatten neben anderen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Verzerrung des Wählerwillens durch Überhangmandate und negatives Stimmgewicht geklagt und weitgehend Recht erhalten.

[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)

# 20 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen

## Erneut Debatte ums Asylrecht und die Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Deutschland

**Claus-Ulrich Pröbß (Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrates e.V.)**

Da sind sie wieder, die Kampfbegriffe aus der Zeit der 80er und 90er Jahre: „Asylbetrüger“, „Scheinasylant“, „Asylschmarotzer“, „Wirtschaftsflüchtling“ usw. Die älteren Hasen von uns erinnern sich gut (aber nicht gerne) an die politischen Vorbereitungen zur Abschaffung des damaligen Grundrechts auf Asyl im Jahr 1993. Die aktuellen Diskussionen in Zusammenhang mit dem Anwachsen der Flüchtlingszahlen und der Unterbringung von Flüchtlingen sind zum Teil hanebüchen, erfüllen aber, damals wie heute, einen Zweck: nämlich die Grundlagen zu schaffen, um das Asylsystem in Deutschland und in der Europäischen Union weiter verschärfen zu können. Der deutsche Verfassungsminister kennt offenbar Artikel 16 a des Grundgesetzes nicht. Weiß er wirklich nicht, dass sich Flüchtlinge auf Asylgrundrecht und Abschiebeschutz berufen können und nicht er, sondern das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration und die Verwaltungsgerichte für die Prüfung der Asylanträge zuständig sind? Weiß er nicht, dass viele Flüchtlinge auch nach negativem Abschluss des Asylverfahrens aus rechtlichen Gründen – also „zu Recht“ – nicht abgeschoben werden dürfen? Die Sündenböcke von heute haben Gesichter: es sind die der Roma aus Ex-Jugoslawien. Sowohl die deutschen Stammtische als auch die rechtsradikalen Szenen werden aus Berlin und anderen Orten bestens bedient. Die Debatte schürt Rassismus. Dass die Realität aber eine völlig andere ist, zeigt der Blick auf die Fakten.

### **Die Mär von der „Flüchtlingsflut“ und dem „Asylmissbrauch“**

Die Weltflüchtlingszahlen steigen seit etwa fünf Jahren. Insofern steigt auch die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland. In der Zeit von Januar bis September 2012 haben insgesamt 40.201 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Im gesamten Jahr 2011 wurden insgesamt 45.741 Asylverfahren eingeleitet. Die Zahl der Asylverfahren wird 2012 gegenüber dem Vorjahr tatsächlich steigen. Aber zur Erinnerung: 1992 betrug die Zahl der Asylbewerber in Deutschland 438.191! Aber auch von den Flüchtlingszahlen in Südafrika (107 000 Asylgesuche im Jahr 2011) oder aktuell in der Türkei (alleine 100 000 Flüchtlinge aus Syrien) ist Deutschland meilenweit entfernt.

Die Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden waren in den ersten neun Mo-

naten 2012: Afghanistan (5.368), Serbien (4.160), Irak (3.931), Syrien (3.721), Iran (2.987), Mazedonien (2.613), Pakistan (2.381), Russische Föderation (1.580), Kosovo (1.129) und Türkei (1.041). Tatsächlich stieg die Anzahl der Asylverfahren im September 2012 gegenüber dem Vormonat bei serbischen Staatsangehörigen um 899 auf 1.395 und bei mazedonischen Staatsangehörigen um 420 auf 1.040. Ein großer Teil dieser Flüchtlinge sind Roma. Als Fluchtgründe werden von serbischen und mazedonischen Antragstellern größtenteils Diskriminierungen, Ausschluss aus dem Bildungs- und Gesundheitssystem, mangelnde Existenzmöglichkeiten, Krankheiten und menschenunwürdige Lebensbedingungen geltend gemacht. Auch die Europäische Union stellt fest, dass Roma in den Balkanstaaten großen Benachteiligungen ausgesetzt sind. Die Anerkennungsquoten im Asylverfahren sind sehr unterschiedlich. Die sog. Gesamtschutzquote (Gesamtzahl der Asylanerkennungen und des subsidiären Schutzes) betrug in den ersten neun Monaten 2012 33,9%! Zudem wurden 21,9% der Anträge „anderweitig erledigt“, z.B. durch Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages. Richtig ist aber auch, dass der Großteil der Asylanträge serbischer und mazedonischer Staatsangehöriger vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgelehnt wird (2011: 64,8% bzw. 67,5%) und die Anerkennungsquoten bei diesen Antragstellern gegen Null tendieren. Dies zeigt allerdings deutlich, dass die Fluchtgründe der Antragsteller vom deutschen Asylsystem nicht ausreichend berücksichtigt werden. Von „Asylmissbrauch“ kann daher keine Rede sein. Asylsuchende und sog. „unerlaubt eingereiste Personen“ werden nach Aufnahmequoten auf die Bundesländer verteilt und schließlich in die Kommunen zugewiesen. Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ist eine Pflichtaufgabe, keine „freiwillige Leistung“.

### **Unterbringungschaos ist zum Teil hausgemacht**

Da die Zahl der Asylverfahren in Deutschland seit rund fünf Jahren ansteigt, kann niemand überrascht sein, dass sie weiterhin ansteigt. Das Land sowie die Kommunen in NRW haben trotz Kenntnis dieser Entwicklung versäumt, die Unterbringungs Kapazitäten entsprechend zu erhöhen. Das aktuelle Unterbringungschaos ist zu

einem bestimmten Teil hausgemacht:

Die Bezirksregierung Arnsberg hat bereits in einem Anschreiben vom 15.10.2010 an alle Kommunen des Landes NRW auf das Ansteigen der Flüchtlingszahlen hingewiesen: Die Zugangszahlen „haben bereits sowohl in der Erstaufnahmeeinrichtung Dortmund als auch in den Unterbringungseinrichtungen des Landes NRW (Hemer und Schöppingen) zu einem Erreichen und zeitweiligen Überschreiten der Kapazitätsgrenze geführt. Dementsprechend mussten auch meine Zuweisungen in alle Kommunen des Landes NRW in diesem Zeitraum zunehmen und werden nach den letzten Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auch weiterhin steigen. Ich bitte diese Entwicklungen bei Ihren Planungen für die Unterbringung der Ihnen zugewiesenen Asylbewerber zu berücksichtigen“. Die Mahnung aus Arnsberg spricht für sich. Wer hat den Brief eigentlich wirklich gelesen?

Auch in der Stadt Köln liegen die Nerven blank, nicht erst seit der Landesinnenminister die Stadt anwies, 200 Flüchtlinge vorübergehend aufzunehmen. Zuletzt teilte die Kämmerin in Zusammenhang mit der von ihr erteilten Haushaltssperre mit, der Anstieg der Flüchtlingszahlen sei hierfür als „weitere zusätzliche Belastung“ mitverantwortlich. Mit anderen Worten: Flüchtlinge, die schlicht ihre Rechte wahrnehmen, trügen Mitschuld an der Finanzmisere. Oder hat sie es nicht so gemeint? Tatsache ist aber, dass die Flüchtlingsheime in der Stadt voll bis überbelegt sind.

### **Flüchtlingsunterbringung in Köln**

Das waren sie aber schon vor einem Jahr. Deshalb wurde Ende 2011 die Notunterkunft in der Herkulesstraße eingerichtet. Der Kölner Stadtrat hat im Jahr 2003 den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen eingerichtet. Dieses Gremium hat in der Vergangenheit sehr viel bewirkt, z.B. die Leitlinien für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen entwickelt oder die Studie Menschen ohne Papiere in Köln veranlasst. Der Runde Tisch sollte mehr als bisher und systematisch an den für Flüchtlingsfragen relevanten Verfahren und Entscheidungen beteiligt werden. Die Forderung des Kölner Flüchtlingsrates, eine Sondersitzung des Runden Tisches einzuberufen, wurde gerade eben erfüllt. Sie wird in der 2. Novemberwoche stattfinden.

## Vorschläge:

- Die Hürden bei der Erteilung der Erlaubnis zum Wohnheimauszug sollten drastisch gesenkt und das erfolgreich operierende Projekt „Auszugsmanagement“ personell ausgeweitet werden: Jeder Flüchtling, der eine Privatwohnung bezieht, schafft Platz für andere in den Flüchtlingswohnheimen.
- Die Notunterkunft in der Herkulesstraße für Flüchtlinge, die nicht der Stadt Köln zugewiesen sind, sollte innerhalb des Gebäudes kurzfristig ausgebaut werden, um mehr Menschen dort vorübergehend aufzunehmen. Für die Flüchtlinge sollten dann aber auch mehr Beratungs- und Betreuungsangebote vorgehalten werden.
- Die in den Kölner „Leitlinien für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen“ verankerten Standards sollten auch im Hinblick auf weitere Unterbringungseinrichtungen für nach Köln zugewiesene Flüchtlinge unbedingt beibehalten werden.
- Neue Unterbringungseinrichtungen für nach Köln zugewiesene Flüchtlinge sollten nur mit abgeschlossenen Wohn-einheiten errichtet werden.
- Bei städtischen Liegenschaften sollte ergebnisoffen die Möglichkeit einer entsprechenden Nutzung und ggf. Bebauung geprüft werden.
- Den Trägern der Flüchtlingsarbeit sollte pauschal der unbeschränkte Zugang zu allen Wohnheimen und Notunterkünften gewährt werden, um die z.T. im Auftrag des Landes durchzuführende soziale Beratung sicherzustellen. Auch könnte hierbei die Zusammenarbeit mit den relevanten Stellen verbessert werden.
- Neben kurzfristigen Lösungen sollten mittelfristig die städtischen Leitlinien für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen überarbeitet werden, um die Flüchtlingsunterbringung konzeptionell zu entwickeln, einen rascheren Wohnheimauszug sicherzustellen und menschenunwürdige Wohnheime in Köln endlich schließen zu können.
- Es sollte kurzfristig das Gespräch mit dem Innenministerium gesucht werden, um auf die Lage in den Kommunen detailliert aufmerksam zu machen. Das Land sollte auch finanzielle Hilfestellungen geben und die Bezirksregierung Arnsberg die Zuweisungen von Flüchtlingen sehr viel schneller bearbeiten.

Vor allem ist aber auch der Rat der Stadt Köln gefragt ein deutliches – und öffentliches – Signal zu setzen, schutzsuchende Flüchtlinge auch weiterhin willkommen zu heißen und die bisherigen humanitären Standards beizubehalten und fortzuentwickeln. Es müssen aber auch konkrete Taten folgen. Hierbei sollten Politik und Verwaltung zusammen mit den Hilfsorganisationen Hand in Hand gehen.

## Wohnen in Mannheim – sozial und integrativ

### Die Linke bereitet Kampagne für erschwierlichen Wohnraum vor

Was der Deutsche Städtetag allgemein im August feststellte, gilt auch für Mannheim im Besonderen: „Die steigenden Mieten bringen vor allem Geringverdiener und einkommensschwache Familien in Schwierigkeiten. Haushalte mit niedrigem Einkommen haben zunehmend Probleme, sich mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Deshalb muss das Angebot an bezahlbaren Wohnungen verbessert werden“, erklärte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (Städtetag aktuell 6/12).

**Gemeinderatsanfragen:** Wie genau die Situation in Mannheim ist, versucht Die Linke im Gemeinderat durch zwei Anfragen zu ergründen:

In einer grundsätzlichen Anfrage geht es um Möglichkeiten, die Verwaltung und städtische Wohnbaugesellschaft GBG sehen, bezahlbaren Wohn im Bereich bis 5,50 Euro/m<sup>2</sup> zu schaffen, insbesondere im Hinblick auf die Konversion ehemaliger Militärgelände. In einer weiteren Anfrage möchte Die Linke wissen, wie sich das niedrigpreisige Wohnungsangebot der GBG und auch der anderen Wohnungsgesellschaften bzw. -genossenschaften auf die einzelnen Stadtteile verteilt. Es wird nach Wohnungen mit Mieten bis 5,50 Euro und solchen zwischen diesem Preis und 6,25 Euro/m<sup>2</sup> gefragt, dem Durchschnittspreis laut neuestem Mannheimer Mietspiegel. Dabei wird auch gefragt, wie viele der Wohnungen jeweils barrierefrei ausgestattet sind. Außerdem soll die Verwaltung beantworten, in welchen Stadtteilen es Wartelisten für bezahlbaren Wohnraum gibt, und in welchen die Nachfrage befriedigt werden kann.

Hintergrund ist die Beobachtung, dass Menschen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, zunehmend in Billigwohnungen im wahrsten Sinne an den Rand gedrängt werden, an den Rand der Stadt, in die einschlägigen Stadtteile. Dies führt zu einer zunehmenden Segregation der Stadtbevölkerung und beeinträchtigt zusätzlich die Bildungschancen betroffener Kinder und Jugendlicher.

Im vergangenen Monat hatte Die Linke bereits eine Anfrage des Sozialistischen Studentenbundes Die Linke SDS eingebracht, in der nach einer Kooperation zwischen GBG und Studentenwerk Mannheim gefragt wird, von der in der Presse die Rede war. Das Studentenwerk bleibt mit seinem Wohnungsangebot weit hinter den Bedarf zahlen zurück. Folge ist u.a. ein zusätzlicher Druck auf dem Wohnungsmarkt für Single-Haushalte, die über 50% der Mannheimer Haushalte

ausmachen. Der SDS ist der Meinung, die Stadt müsse notfalls die unterlassenen Aktivitäten des Studentenwerks ersetzen.

Die Linke sieht mit Sorge, dass die Verwaltung – zwar berechtigterweise – sehr viel von der Schaffung gehobenen Wohnraums in Mannheim spricht, auch im Zusammenhang mit der Konversion. Demgegenüber spielt der überall gespürte Mangel an erschwinglichen Wohnungen in den offiziellen Verlautbarungen kaum eine Rolle.

**Wohin geht die GBG?** Die GBG kündigte an, dass sie 800 „nicht mehr vermietbare“ Wohnungen abreißen wolle, weil sie keinen Mietern mehr zumutbar seien. Das wirft einerseits ein Licht auf die in vergangenen Jahrzehnten versäumte Werterhaltung dieser Wohnungen. Die Gartenstadt Baugenossenschaft beispielsweise verfügt über knapp 1.800 Wohnungen zu einem Preis von bis zu 5,00 Euro/m<sup>2</sup> Kaltmiete, knapp 500 davon unter 3,61 Euro/m<sup>2</sup>. Keine dieser Wohnungen ist „unzumutbar“. Andererseits stellt sich gar nicht erst die Frage, ob die neu gebaute Wohnungen der GBG dann in einem ähnlichen Preissegment sind. Sie sind es natürlich nicht, denn ohne Subventionen können solche Mietpreise nicht angeboten werden. Vor allem aber möchte die GBG gar keinen Ersatz bauen, sondern ihren Wohnungsbestand dem sinkenden Bedarf anpassen, der z.B. durch den Wegzug von 20 000 US-Soldaten hervorgerufen wird. Außerdem warten ja 2.500 Wohnungen in Benjamin-Franklin-Village auf eine neue Verwendung.

Auch wenn insgesamt die Zahl der Wohnungen in Mannheim der Nachfrage entsprechen mag – das Preisgefüge dieser Wohnungen stimmt immer weniger. Im Bereich preisgünstiger Wohnungen besteht Mangel. Wenn sich die viel zitierte Krankenschwester mit ihrem mittlerweile bekannt schmalen Einkommen in Mannheim keine Wohnung mehr leisten kann, besteht Handlungsbedarf. Von der Situation der prekär Beschäftigten ganz zu schweigen.

Man kann der GBG nicht unterstellen, dass sie lieber neu baut als zu erhalten und zu sanieren. Und die Durchschnittsmiete der GBG-Wohnungen lag 2011 bei 5,40 Euro/m<sup>2</sup>. Aber von einer auch preislich bedarfsgerechten Wohnungsmarktlage sind Mannheim und die GBG noch weit entfernt.

Ohne eine Wiederaufnahme der von Bund und Land zur Strecke gebrachten sozialen Wohnungsbauförderung wird keine Besserung der Lage eintreten können. Aber dazu müssen die Zahlen auf den Tisch und dann der Druck entwickelt werden. *Thomas Trüper*

# Putzen für die Stadt unter Tarif?!

Wie die Stadt Stuttgart mit der Vergabe von Leistungen an Fremdfirmen umgeht

Am 23. Juli 2012 stellte die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke die Anfrage<sup>1</sup> „Putzen für die Stadt unter Tarif?!“ Die erste Frage war, wo die Stadt eigene Kräfte einsetzt und wo Fremdfirmen und wie viele Beschäftigte das jeweils sind. Die zweite Frage war, ob die Stadtverwaltung bei Fremdvergaben sicherstellt, dass die Reinigungskräfte nach Tarif bzw. Mindestlohn bezahlt werden und dass vertretbare Arbeitsbedingungen herrschen. Die dritte Frage war, ob der örtliche bzw. der Gesamtpersonalrat informiert und beteiligt wird. Und schließlich wurde konkret gefragt, ob es stimmt, dass die Zeitvorgaben für die städtischen Reinigungskräfte verschlechtert wurden. Diese Fragen ergaben sich aus Berichten von städtischen Beschäftigten.

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 5.10.2012 stand die Vergabe von Reinigungsarbeiten bei den Bädern auf der Tagesordnung. Die Fraktionsgemeinschaft nutzte die Gelegenheit, zum wiederholten Mal die Antwort auf ihre Anfrage anzumahnen, die eigentlich nach städtischen Regeln innerhalb von drei Wochen erfolgen sollte. In der Diskussion im Wirtschaftsausschuss konnte die Stadtverwaltung keine klare Auskunft geben, ob und wie sie die Einhaltung von Tarifverträgen sicherstellt. Der Wirtschaftsausschuss beschloss daher, dass die Stadtverwaltung die Ausschreibungsgrundlagen vorlegen muss und vertagte die Beschlussfassung auf den 26.10. In der Zwischenzeit wurde noch eine weitere Ausschreibung gestoppt und die Beschlussfassung vertagt, bis dem Gemeinderat genauere Informationen vorgelegt wurden. Die Anfrage der SÖS und Linken hat also einen Stein ins Rollen gebracht.

Ein schlimmer Vorfall ist, dass im September ein Kind auf dem Transport von

der Wohnung zur Körperbehindertenschule ums Leben kam. Der Gemeinderat hat darüber aus der Zeitung erfahren, vom zuständigen Schulverwaltungsamt kam dazu keine Information. Nachdem sich Eltern über die schlechten Bedingungen für die behinderten Kinder bei diesen Transporten beklagt hatten, ist die Ausschreibung dieser Fahrdienstleistungen schon seit Monaten zwischen den zuständigen Gemeinderatsausschüssen und der Bürgermeisterin Dr. Eisenmann strittig. Am 24.10. kommt die Ausschreibung auf die Tagesordnung des Verwaltungsausschusses und es wird mit Sicherheit eine Diskussion über den Vorgang geben.

## Vielen Ämtern sind die Rechte der Beschäftigten in Fremdfirmen egal

Am 12.10. kam dann die Antwort des Oberbürgermeisters zu der Anfrage von SÖS und Linken. Es wird deutlich, dass nur noch eine Minderheit von Reinigungskräften bei der Stadt angestellt ist, die Mehrheit bei Fremdfirmen. Eigene Kräfte putzen das Rathaus und die Rathauspassage, die Eberhardstr. 6-8, für 38 von 182 Tageseinrichtungen für Kinder. Am Klinikum arbeiten 226 eigene Kräfte und 67 Leasingkräfte, in den städtischen Altenheimen (ELW) werden noch sechs von städtischen Kräften gereinigt und bei den Bädern ist das noch die Mehrheit.

Fremdfirmen sind eingesetzt in mehr als 600 städtischen Gebäuden. Das sind die Mehrheit der Kitas, die Verwaltungsgebäude, die Bezirksämter und die Gemeinwesenzentren, die Feuerwachen, die Kulturgebäude und sonstige. Beschäftigtenzahlen in den Fremdfirmen werden keine preisgegeben.

## Augen zu, Ohren und Mund zu

Bei der zweiten Frage: Sicherstellung der tariflichen und gesetzlichen Rechte, zeigt sich, dass die Stadtverwaltung durchaus verschieden vorgeht. In den Ausschreibungen wird in der Regel vorgegeben, dass der Anbieter zur Einhaltung des Arbeitnehmerentendengesetzes verpflichtet ist. Ob das dann zutrifft, wird meist nicht geprüft. So sagt z.B. das Amt für Liegenschaften und Wohnen: „Nach der formellen Prüfung der Angebote gemäß § 16 VOL/A (Verdingungsordnung) bzw. EU-Ausschreibungen nach § 19 EG VOL/A richtet sich die Auftragserteilung nach dem wirtschaftlichsten Angebot...“

Es gibt wenige positive Ausnahmen: Das Schulverwaltungsamt prüft noch den Stundenverrechnungssatz und die Angemessenheit der Flächenleistungen; das Klinikum fordert, den Manteltarifvertrag Zeitarbeit einzuhalten; der ELW verlangt die Einhaltung des

gültigen Tarifvertrages. Wenn aber von der Mehrheit der Ämter formal die Einhaltung z.B. des Arbeitnehmerentendengesetzes vorgegeben wird, und dann nicht mal die Versicherung der Anbieter, dies zu tun, verlangt und schon gar nicht geprüft wird, ist das nicht hinzunehmen.

## Fahrlässiges Nichtwissen ist ordnungswidrig

Die Antwort der Stadtverwaltung macht dieses Nicht-Wissen-Wollen direkt zum Prinzip und versucht, die Verantwortung abzuschieben: „Die Überprüfung der Einhaltung des Mindestlohns, des Jahresurlaubs und weitere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten von Fremdfirmen *obliegt alleine dem Hauptzollamt*.“<sup>2</sup> Meiner bzw. unserer Meinung nach befindet sich die Stadtverwaltung damit in einem Irrtum. In dem Arbeitnehmerentendengesetz (AEntG) wird in § 14 Haftung des Auftraggebers festgestellt: „Ein Unternehmer, der einen anderen Unternehmer mit der Erbringung von Werk- oder Dienstleistungen beauftragt, haftet für die Verpflichtungen dieses Unternehmers, eines Nachunternehmers oder eines ... beauftragten Verleihers zur Zahlung des Mindestentgelts ...“ Vergibt die Stadt Fremdleistungen, so haftet sie gegenüber den Beschäftigten zivilrechtlich für den Nettolohn.

## Wegschauen geht nicht

Das Abschieben der Verantwortung muss nach dem AEntG § 23 (2) als Ordnungswidrigkeit angesehen werden: „Ordnungswidrig handelt, wer Werk- oder Dienstleistungen in erheblichem Umfang ausführen lässt, indem er als Unternehmer einen anderen Unternehmer beauftragt, von dem er weiß oder fahrlässig nicht weiß, dass dieser bei der Erfüllung des Auftrags“ die Anforderungen des AEntG nicht erfüllt.

Die Stadtverwaltung hält in einigen Bereichen vermutlich das AEntG ein, in anderen aber offenbar nicht. Spätestens nach der Anfrage von SÖS und Linken und der Diskussion in den Ausschüssen kann und darf sie nicht mehr die Augen verschließen, sondern sie muss bei allen Fremdvergaben aktiv die Rechte der hier Beschäftigten einfordern und durchsetzen. Eine einheitliche gesetzeskonforme Regelung der Ausschreibungen und der Kontrolle muss von der Stadtverwaltung installiert werden. Nur so wird die Stadtverwaltung dem Auftrag des AEntG gerecht, das als erste Zielsetzung formuliert „angemessene Mindestarbeitsbedingungen“ und damit faire Wettbewerbsbedingungen, d.h. Ausschluss von Schmutzkonzurrenz. Am besten wäre allerdings, alle Arbeitsplätze zurückzuholen zur Stadt, wo Tariflohn gezahlt werden muss und es einen Personalrat gibt.

Ulrike Küstler

1) Antrag Nr. 257/2012 auf [www.stuttgart.de](http://www.stuttgart.de)

2) Hervorhebung durch die Stadtverwaltung



„Öffentlich ist wesentlich“ – das gilt nicht nur für die städtische Müllabfuhr!

**Kitaträger treibt Gebühren mit Inkassofirma ein:** HAMBURG. Zahlreiche Kindertageseinrichtungen in Hamburg haben Außenstände in fünfstelliger Höhe, weil vor allem Niedriglohn-Empfänger/-innen und Familien im Hartz IV-Bezug, Kitagebühren und Kosten für Ausflüge und andere Angebote nicht begleichen können. Teilweise wird ein Inkasso-Unternehmen eingesetzt, um bei den Eltern die ausstehenden Kosten einzutreiben. Andere Kitas berichten, die Sozialbehörde (BASFI) habe ihnen bei der Abrechnung geraten, die Kinder säumiger Eltern „aus den Einrichtungen zu entfernen“. „Das ist ein echter Skandal“, empört sich Mehmet Yildiz, kinder- und familienpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Eltern wollen ihre Kinder in Kitas schicken, auch wenn im ALG II-Satz dafür nichts vorgesehen ist. Sie wollen die Kinder an den Angeboten teilnehmen lassen, verschulden sich dafür zum Teil auch selbst. Und die Sozialbehörde lässt Kitas und Eltern damit allein und spielt sie gegeneinander aus.“ Die Linke fordert schon seit langem Gebührenfreiheit für Kitas für geringverdienende Familien. „Der Einsatz von Inkassofirmen verbietet sich in diesem Zusammenhang wirklich“, so Mehmet Yildiz. Auch das Einklagen ausstehender Zahlungen sollte nur in begründeten Einzelfällen gewählt werden, da es die Kinder belastet.

[www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)

**Städtische Leerstände für Zwischennutzungen freigeben!** KÖLN. In Köln sind Initiativen immer wieder auf der Suche nach Flächen für kulturelle und gärtnerische Projekte. Gleichzeitig stehen etwa 49 000 Quadratmeter in städtischen Gebäuden leer. Die Verwaltung soll nach einem Antrag der Linken für den Kölner Rat ein Konzept entwickeln, wie die städtischen Leerstände Zwischennutzungen zur Verfügung gestellt werden können. Jörg Detjen, Sprecher der Fraktion Die Linke, dazu: „In städtischen Gebäuden stehen 49 000 Quadratmeter leer und werden nicht genutzt. Diese Flächen für Zwischennutzungen freizugeben ist für die Stadt ein geringer Aufwand. So kann die Stadt auch bei knappen Kassen kulturellen, gärtnerischen und sozialen Projekten einen großen Schub geben.“ ... 28,8 % dieser Leerstandsflächen gelten als „nicht vermarktbare“. Für diese Immobilien gibt es auf absehbare Zeit weder eine städtische Nutzung noch eine wirtschaftliche Verwertung. Gleichzeitig haben Projekte Schwierigkeiten, an geeignete Flächen zu gelangen. Der

Bestand Odoniens ist aufgrund eingeschränkter Fluchtwege gefährdet, die Initiatoren des Selbstverwalteten Zentrums in Kalk bemühten sich über Jahre vergeblich um Räumlichkeiten, bis sie schließlich die seit zehn Jahren leerstehende KHD-Kantine besetzten. Jörg Detjen dazu: „Initiativen zur kulturellen, gärtnerischen oder sozialen Zwischennutzung sind meistens nicht auf Gewinn ausgelegt und haben wenig Geld zur Verfügung. Sie haben deshalb Schwierigkeiten an geeignete Flächen und Gebäude zu kommen. Die Folge sind dann Schwierigkeiten zum Beispiel mit Brandschutz wie beim Odonien.“

[www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

**Quote für sozialen Wohnungsbau einführen!** FRANKFURT A.M. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat wird beauftragt, in allen noch nicht rechtsgültigen Bebauungsplänen, die Wohnbauflächen vorsehen, 30 % der Fläche gemäß § 9 Abs. (1) Punkt 7 BauGB für geförderten Wohnungsbau festzusetzen, die städtischen Wohnungsbau-gesellschaften anzuweisen, bei allen Neubauvorhaben 30 % der Wohnungen mit einer Mietpreisbindung vorzusehen sowie über städtebauliche Verträge mit privaten Bauherren eine 30 %-Quote für Wohnungsbau mit Mietpreisbindung zu gewährleisten. Begründung: Die Einführung einer 30 %-Quote für sozial geförderten Wohnungsbau bzw. für Wohnungsbau mit Mietpreisbindung würde eine Chance bieten, den Bestand an Sozialwohnungen wieder zu erhöhen und damit die wachsende Frankfurter Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnbau zu versorgen. Frankfurt hat kaum noch freie Flächen für Wohnungsbau. Mit dem Wohnbauland-Entwicklungsprogramm 2011 hat der Magistrat die Potentiale für Wohnungsbau aufgezeigt. Bis 2020 könnten 19.270 Wohneinheiten entstehen, bei einer 30 %-Quote wären dies 5.781 Wohneinheiten mit Mietpreisbindung.

[www.dielinke-im-roemer.de/](http://www.dielinke-im-roemer.de/)

**Städtetag veröffentlicht Gemeindefinanzbericht 2012:** BERLIN. Der Blick auf die aktuelle kommunale Finanzlage zeigt ein ambivalentes Bild. Im Vergleich zu den desaströsen Vorjahren konnten viele Städte ihre Finanzsituation zuletzt verbessern. Vielen Kommunen ist und bleibt es jedoch unmöglich, den Haushalt aus eigener Kraft auszugleichen. Diese Problemlage verdeutlicht der Gemeindefinanzbericht 2012, den der Deutsche Städtetag heute unter dem Titel „Stabile Stadtfinanzen – nur mit Bund und Ländern“ veröffentlicht hat. „Der

Deutsche Städtetag bewertet die gute Entwicklung der kommunalen Einnahmen positiv. Die strukturellen Probleme vieler Städte bestehen aber weiter und sind teilweise besorgniserregend. Sozialausgaben steigen, für notwendige Investitionen fehlt Geld. Zu viele Städte müssen ihre laufenden Kosten mit Kassenkrediten finanzieren. Es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen wirtschaftlich starken und strukturschwachen Regionen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus. Die deutschen Städte rechnen im Jahr 2012 mit einem Überschuss von 2,3 Milliarden Euro. Das liegt vor allem an Zuwächsen bei der Gewerbesteuer. Die kommunalen Einnahmen sind im Jahr 2011 um knapp 5 Prozent auf 183,6 Milliarden Euro gestiegen. 2012 ist ein weiterer Anstieg auf 189,7 Milliarden Euro zu erwarten. Gleichzeitig erhöhten sich die Ausgaben 2011 um weniger als zwei Prozent auf 185,3 Milliarden Euro. 2012 wird mit einem Ausgabenanstieg um 1,1 Prozent gerechnet. „Ein Überschuss im kommunalen Gesamthaushalt besagt leider nicht, dass in den Städten alles im Lot ist. Besonders den Oberbürgermeistern finanzschwacher Städte, die keine Chancen haben, den nächsten Haushalt auszugleichen, hilft diese Zahl nicht“, sagte Helmut Dedy, Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers und Finanzdezernent des Deutschen Städtetages. Deutlich werde das Auseinanderdriften von reichen und armen Städten durch den weiteren Anstieg der kommunalen Kassenkredite: Im Jahr 2011 wuchsen sie um 4,9 Milliarden Euro. Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 erhöhten sie sich um weitere 2,9 auf fast 48 Milliarden Euro. Der Deutsche Städtetag begrüßt, dass Bund und Länder die Gefahr inzwischen erkannt haben, die von einer derartigen Schieflage für den Zusammenhalt der Gesellschaft ausgeht. Sieben Bundesländer haben Konsolidierungsfonds zur Rettung besonders gefährdeter Kommunen aufgelegt. „Diese Fonds sind ein wichtiger Schritt auf dem langen und schwierigen Weg zur Haushaltssanierung in den betroffenen Städten. Auch wenn ihre Ausgestaltung unterschiedlich ist und sie teilweise kritisch betrachtet werden, zeigen die Fonds, dass die Länder ihre Städte und deren Konsolidierungsbestrebungen unterstützen“, so Dedy. Die Broschüre „Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2012 des Deutschen Städtetages“ steht im Internet zum Download zur Verfügung.

[www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

Zusammenstellung: ulj

# Europaweiter Aktionstag der Gewerkschaften

## Dokumentiert:

Der EGB Exekutivausschuss beschloss in seiner Sitzung am 17. Oktober einen Aufruf zu einem Aktions- und Solidaritätstag. Er soll am 14. November stattfinden und Streiks, Demonstrationen, Versammlungen und andere Aktionen beinhalten. Ziel ist es, die europäische Gewerkschaftsbewegung für eine Unterstützung der EGB-Politik zu mobilisieren, wie sie im europäischen Sozialpakt formuliert ist.

Der Ausschuss erklärt seinen entschiedenen Widerstand gegen die Kürzungsmaßnahmen, die Europa in eine wirtschaftliche Stagnation, ja eine Rezession treiben, sowie gegen die fortwährende Zerstörung des europäischen Sozialmodells. Diese Maßnahmen ... führen zu einer Vergrößerung der Ungleichgewichte und begünstigen Ungerechtigkeit.

Der Exekutivausschuss befürwortet zwar eine solide Haushaltsführung, ist jedoch davon überzeugt, dass die Rezession nur gestoppt werden kann, wenn Haushaltsbeschränkungen gelockert und Ungleichgewichte beseitigt werden und darauf hingewirkt wird, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und die in der Grundrechtecharta niedergelegten Werte zu achten. (...)

Der Exekutivausschuss konstatiert einen wachsenden Widerstand der Bürger/-innen und Arbeiter/-innen in

den betroffenen Ländern und bekräftigt seine Unterstützung der Mitgliedsgerkschaften im Kampf um menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Situation ist auf eine mangelnde Koordination der Wirtschaftspolitik und das Fehlen sozialer Mindeststandards für ganz Europa zurückzuführen. Das beförderte im Zusammenspiel mit einem freien Kapitalverkehr einen zügellosen Wettbewerb zwischen den Staaten, vor allem auf den Gebieten Besteuerung, Arbeitskosten und Sozialleistungen.

Die Mitglieder des Exekutivausschusses wiederholen, dass der gesellschaftliche Dialog und Tarifverhandlungen ein zentraler Bestandteil des europäischen Sozialstaatsmodells sind. Sie widersetzen sich energisch den Frontalangriffen auf solche Rechte, auf nationaler und auf europäischer Ebene, und fordern die sofortige Annahme und Umsetzung der zurzeit vom Rat behandelten europäischen Sozialpartnerschaftsvereinbarung. (...)

Sie betonen, dass aktive Solidarität, sozialer Fortschritt und demokratische Verantwortung integrale Bestandteile des europäischen Projekts sein müssen. Sie halten es für unerlässlich, dass das Ziel sozialer Fortschritt ein integraler und operativer Bestandteil jedes neuen Vertrags ist. Der EGB wird jeden weiteren Schritt zur europäischen Integration auf dieser Grundlage prüfen. **Quelle:** <http://www.etuc.org/a/10439>

## Kommentar:

Die Daten der Wirtschaftsstatistik haben für die Zeit nach der großen Erweiterung der EU tatsächlich einen Angleichungsprozess ausgewiesen, eine Reihe der mittel- und osteuropäischen Staaten verzeichneten eine schwungvolle Wirtschaftsentwicklung und auch die Lohndifferenzierung hatte nicht zugenommen, eine deutliche Anhebung der Mindestlöhne wurde in einer Reihe von Ländern durchgesetzt. Mit der krisenhaften Entwicklung der europäischen Staatsfinanzen und im Gefolge der ökonomischen Entwicklung hat diese Tendenz ein vorläufiges Ende gefunden. Die Entwicklungsfortschritte der vergangenen Dekade werden konterkariert. Vielleicht am augenfälligsten zeigt dies der Ausschluss einer ganzen Generation vom Arbeitsmarkt, wie er sich derzeit in den südlichen Ländern vollzieht.

Die Gewerkschaften wollen in dieser Lage ihre Aktionsfähigkeit auf der europäischen Ebene stärken. Mit der vor etwa einem Jahr gestarteten EGB-Kampagne „Gleicher Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Ort“ ist auch eine in der öffentlichen Meinung verankerte Position ins Zentrum gerückt

worden, die mobilisierungsfähig ist, an einer Reihe von EU-Politiken ansetzt und vor allem auf die gewerkschaftliche Kernaufgabe bezogen ist, die Verteilung an der Quelle.

Allerdings stehen die europäischen Gewerkschaften auch vor einem doppelten Dilemma. Ihre Politik mit Bezug auf die europäischen Institutionen bleibt stark appellativ und auf Umverteilung fokussiert. Die Verteilung an der Quelle spielt in dem gesamten hier teilweise dokumentierten Aufruf keine Rolle. Dem Fokus Umverteilung entspricht auch, dass die Klage bezüglich einer fehlenden Koordination der Wirtschaftspolitik und die Forderung nach einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum eigentümlich leer bleiben. Der EGB und die europäischen Einzelgewerkschaften haben neben dem Appell Ungleichgewichte zu reduzieren tatsächlich auch wenig bis nichts in ihren Programmen und in ihrer aktiven Politik in Sachen Industriepolitik und wirtschaftliche Entwicklung aufzubieten. Die Forderung einer koordinierten Wirtschaftspolitik und vor allem die gewünschten Mindeststandards in Sa-

chen Besteuerung oder Sozialleistungen hätte natürlich auch den Effekt, das (neben der Möglichkeit der Geldpolitik durch den Euro) der nationalstaatlichen Ebene weitere Instrumente entwendet würden, um die heimische Wirtschaft konkurrenzfähiger zu machen. Ein Vorgang, der ja im Zusammenhang mit der einheitlichen Währung immer wieder beklagt wurde.

Die zweite Seite des gewerkschaftlichen Dilemmas betrifft die eigene Fähigkeit, europäische Solidarität und Koordination ins Werk zu setzen. Nach wie vor ist eine Koordinierung der Tarifpolitik auf europäischer Ebene nicht in Sicht. Die Versuche, wie die für den Metallsektor beschlossene Vereinbarung von Dorn, scheinen bisher nicht umgesetzt werden zu können. Der Antagonismus zwischen dem Wunsch eines einheitlichen europäischen Vorgehens und dem Wissen, dass die Tariffähigkeit das Herzstück der Legitimation jeder nationalen Branchengewerkschaft ist, wird nicht einmal gründlich thematisiert. Auch nicht die Tatsache, dass Tarifpolitik heute eigentlich in allen Ländern beide Funktionen hat, die der Umverteilung und die der Standort-sicherung.

Im Zuge der Krise wird es jetzt allerdings noch enger, und die gewerkschaftliche Politik erweist sich gegenüber protektionistischen Entwicklungen nicht immer als wasserdicht. Wenn, wie absehbar, die Automobilbranche schrumpft und auf einen weiteren Konzentrationsprozess zusteuert, gibt es weit und breit kein Konzept für eine Koordination der europäischen Automobilindustrie. Bei Fords geplanter Schließung des Werkes in Genk wird die Standortkonkurrenz schon greifbar deutlich. Den Protesten der Arbeiter in Genk, die auch die möglichen Verlagerungen nach Köln oder Saarlouis thematisierten, wurde lapidar erwidert: nun ja, die deutschen Gewerkschaften seien halt auch besser organisiert.

Neben die Forderung nach sozialen Mindeststandards wäre bei den europäischen Gewerkschaften eine Rückbesinnung auf den Kampf um die Verteilung an der Quelle angemessen und es sollten konkretere Vorstellungen für die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen debattiert werden. Hierbei könnte durchaus auch die wachsende Zahl europäischer Betriebsräte eine Rolle spielen, die mit Ressourcen ausgestattet ja eine Art europäische Begegnungsstätte sind und für die auch leicht europäische Branchentreffen organisiert werden könnten. Auch ein Praxisfeld, das bisher eher schwach ausgebaut ist.

*Rolf Gehring*

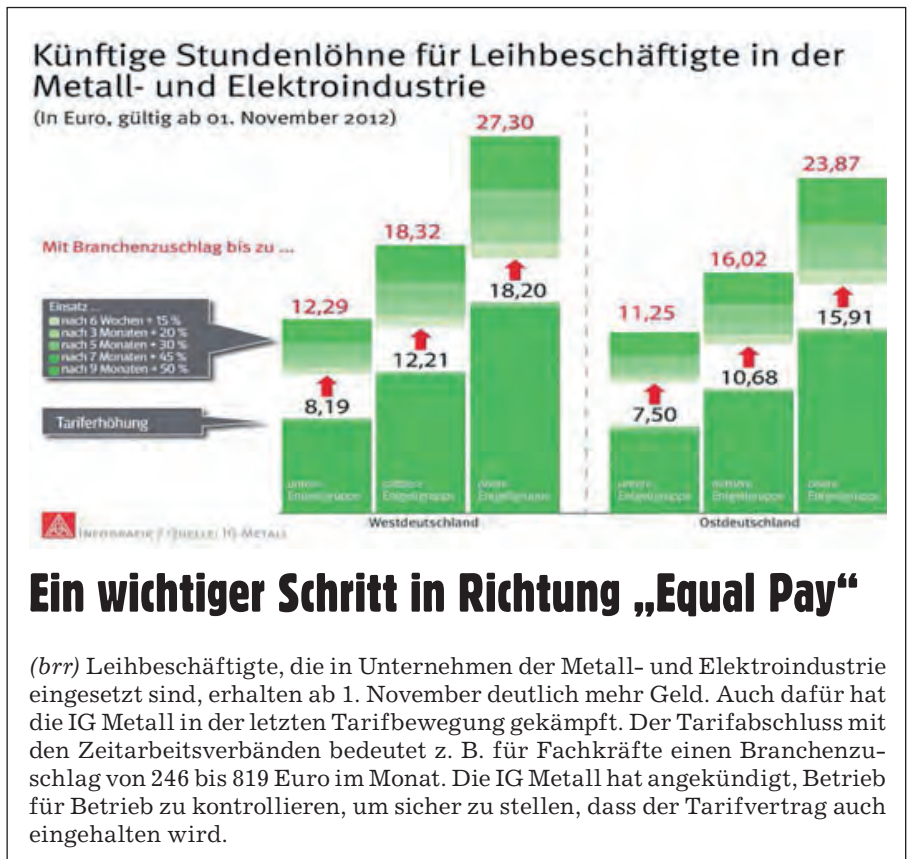
# Kurzarbeit

## Handlungsbedarf bei den Regelungen

Mit der Erweiterung der Regelungen zur Kurzarbeit in 2009/10 konnten die Auswirkungen der letzten großen Wirtschaftskrise auf die Beschäftigten in der Bundesrepublik wesentlich besser begrenzt werden als in den meisten anderen Industriestaaten. Die Höchstbezugsdauer für Kurzarbeitergeld wurde damals von sechs auf 24 Monate erweitert. Zusätzlich befreite die Bundesagentur für Arbeit die Unternehmen von den auf die Kurzarbeit entfallenden Sozialabgaben. Darüber hinaus konnte erstmals auch für Leihkräfte Kurzarbeit beantragt werden.

Inzwischen sind diese Regelungen seitens der Bundesregierung wieder außer Kraft gesetzt worden. Die Bundesagentur für Arbeit gewährt aktuell Kurzarbeitergeld nur noch für sechs Monate.

Die IG Metall fordert angesichts aktuell steigender Kurzarbeitszahlen die Rückkehr zu den bewährten Regelungen. Neben den ersten Anzeichen für einen Rückgang der Konjunktur in der Metall- und Elektrobranche erfordert die zunehmende Absatzflaute auf dem europäischen Automarkt vorsorglichen Krisenschutz. Im kommenden Jahr werden voraussichtlich in Europa so wenig Autos verkauft



## Ein wichtiger Schritt in Richtung „Equal Pay“

(brr) Leihbeschäftigte, die in Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie eingesetzt sind, erhalten ab 1. November deutlich mehr Geld. Auch dafür hat die IG Metall in der letzten Tarifbewegung gekämpft. Der Tarifabschluss mit den Zeitarbeitsverbänden bedeutet z. B. für Fachkräfte einen Branchenzuschlag von 246 bis 819 Euro im Monat. Die IG Metall hat angekündigt, Betrieb für Betrieb zu kontrollieren, um sicher zu stellen, dass der Tarifvertrag auch eingehalten wird.

wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Ford, Opel und Peugeot schließen fünf Fabriken. MAN beginnt mit Sonderurlaub und Abbau der Arbeitszeitkonten. Die sogenannten Premiumhersteller verzeichnen zwar noch gute Exporte in die Schwellenländer, aber die Lage verdüstert sich dennoch. Völlig zu Recht verlangen diese Länder von den

deutschen Herstellern auch Produktion vor Ort. Noch gehen drei Viertel aller hierzulande produzierten Autos in den Export. Wenn die Lage auf den europäischen Märkten sich nicht verbessert, dann droht Gefahr zunächst vor allem für die Stellen der Leihkräfte bei Herstellern und Zulieferer.

Bruno Rocker

**BDA wünscht Absenkung der Rentenbeiträge.** BDA Presseinformation, Oktober 2012. – D. Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), warnt nachdrücklich davor, die geplante Absenkung der Rentenbeiträge infrage zu stellen. Mehr Geld in den Rentenkassen verführe zu Mehrausgaben, die langfristig die Finanzierbarkeit der Renten gefährdeten. Er widersprach Vorwürfen von Gewerkschaften und Opposition, die Absenkung gefährde die Stabilität der Rentenkasse: „Trotz der Beitragssatzsenkung werden die Rücklagen der Rentenversicherung auch 2013 auf Rekordniveau bleiben und mit voraussichtlich 27 Mrd. Euro sogar noch höher sein als heute“. Arbeitnehmer und Betriebe würden durch die Absenkung jährlich um rund 6,3 Mrd. Euro entlastet. ... Dadurch würde auch der steuerfinanzierte Bundeszuschuss um rund 1,5 Mrd. Euro verringert. Überdies erwartet die BDA Steuermehreinnahmen im Umfang von über einer Mrd. Euro, weil die Höhe der steuerlich abzugsfähigen Rentenbeiträge sinkt.

**Gesamtmittel fordert Ausweitung der Kurzarbeiter Regelung.** Thüringer Allgemeine 18.10.12. – „Eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes über sechs Monate hinaus wird aus heutiger Sicht bald erforderlich werden“, sagte Hauptgeschäftsführer P. M. Dick. Gesamtmittel unterstützt die Forderung der IG Metall, Kurzarbeitergeld auf Leiharbeiter auszudehnen. „Da dies eine ganz normale Branche mit ganz normalen sozialversicherungspflichtigen und überwiegend unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen ist, muss sie so behandelt werden wie alle anderen ... auch“, sagte Dick. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 gab es Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld. Vorübergehend wurde die Bezugsfrist von sechs auf zwölf bzw. 18 Monate verlängert.

**Arbeitgeberverbände wollen wirtschaftsfreundlichere EU-Regulierungen mit EU-Gewerkschaften gestalten.** Der Arbeitgeber. Hrsg.: BDA, Oktober 2012. – Die Arbeitgeber haben bereits mehrfach die Möglichkeit des Europäischen Sozialen Dialoges nach Art. 155

AEUV (ehem. Art. 139 EGV) aufgegriffen, Rechtssetzungsvorhaben der EU Kommission zusammen mit den Gewerkschaften inhaltlich selbst auszuhandeln.

So haben die europäischen Sozialpartnerorganisationen Businesseurope, Ueapme, Ceep und EGB in Form von Rahmenabkommen Richtlinien zum Elternurlaub, zur Teilzeitarbeit und zu befristeten Arbeitsverträgen ausgehandelt.

Dabei ist es den Arbeitgebern gelungen, im Sinne der Schadensbegrenzung und angesichts sehr unterschiedlicher nationaler Ansätze auf diesen Themengebieten Regelungen zu vereinbaren, die bei der nationalen Umsetzung hinreichend viel Raum für nationale Besonderheiten lassen und den Anliegen von kleinen und mittleren Unternehmen besondere Berücksichtigung schenken. Im Ergebnis sind diese Richtlinien sehr viel beschäftigungs- und unternehmensfreundlicher als von Kommission und Europäischem Parlament formuliert.

Zusammenstellung: rst

**Wirtschafts-  
presse**

Friedenpreis und Nobelpreis für Literatur gehen nach China

# Große Literatur und Politik

Die Volksrepublik China ist nicht nur für Deutschland zu einem begehrten Wirtschaftspartner geworden, sondern auch für die Europäische Union zu einem erhofften Geldgeber in der Euro-Krise. Erst vor wenigen Wochen – am 11. Oktober 2012 – hat der deutsche Außenminister mit seinem chinesischen Amtskollegen in Berlin eine „gemeinsame Erklärung“ verfasst und sprach bei seinem anschließenden Besuch in Beijing zum 40. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik von einer „strategischen Partnerschaft“, in der China ein „großes Kraftzentrum“ geworden sei. China ist mittlerweile der zweitgrößte Lieferant und fünftgrößter Kunde Deutschlands geworden. VW gab kürzlich eine neue Milliardeninvestition bekannt.

Nun hat China auch auf der literarischen Ebene Weltgeltung erlangt: ebenfalls im Oktober 2012 gab die Schwedische Akademie bekannt, dass sie dem chinesischen Schriftsteller Mo Yan (57) für seine Werke mit dem Nobelpreis für Literatur auszeichnen werde. Die Preisverleihung findet traditionell am 10. Dezember in Stockholm statt. Und am 14. Oktober 2012 konnte der Schriftsteller Liao Yiwu in der Frankfurter Paulskirche den „Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“ entgegen nehmen. Der ehemalige chinesische Kulturminister Wang Meng, der selber schreibt, sieht in der Vergabe des Literaturpreises an den in China lebenden Kollegen

Mo Yan, „dass die Welt chinesischen Schriftstellern der Gegenwart und ihren literarischen Leistungen verstärkt Aufmerksamkeit schenke“. Zu dem in Berlin lebenden Poeten und Dissidenten Liao Yiwu äußerte man sich in Beijing nicht, auch nahm kein offizieller Vertreter Chinas an der Preisverleihung teil. Ihm wurde hingegen von der bundesdeutschen Presse Anerkennung und Jubel entgegen gebracht. Es waren auf der Verleihung anwesend und klatschten ebenfalls heftig Beifall die offiziellen politischen Vertreter von Bundespräsident Gauck und dem ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker über den Fraktionsvorsitzender im Bundestag Kauder (CDU) und den Oberbürgermeister von Frankfurt Feldmann (SPD) bis hin zu den prominenten deutschen Schriftstellerinnen, wie die Buchpreisgewinnerinnen Herta Müller (Nobelpreis für Literatur 2009) und Ursula Krechel (Deutscher Buchpreis 2012). Von der ARD wurde live übertragen und mit Umarmungen versehen.

Was steht hinter diesen widersprüchlichen Reaktionen in der literarisch-politischen Welt und inwieweit ist das auf die unterschiedlichen schriftstellerischen Tätigkeiten oder öffentlichen Positionen von Mo und Liao zurückzuführen?

## Nobelpreis für Literatur an Mo Yan

Mo Yan wurde 1955 als Sohn eines Bauern in der Provinz Shandong (Ostküste Chinas) geboren. Während der Kultur-

Das Maultier raste nach Westen, als sprühten Funken aus seinem Hintern. Im Galopp schlugen die hinteren Hufe gegen den Boden, während das Tier die Vorderbeine anzog. Dann streckte es die Vorderbeine und zog die hinteren Beine an. Das rhythmische Trommeln des Hufschlags brachte Ordnung in die anscheinend unregelmäßige Bewegung. Im hellen Schein der Hufeisen wirbelten leuchtende Staubböden auf. Die Sonne stand noch im südöstlichen Himmelsviertel, als Onkel Luohan an das Bahngleis von Jiaoping nach Jinan kam. Am Bahnübergang bockte das Maultier. Onkel Luohan sprang ab und versuchte, es über die Gleise zu ziehen. Aber das Maultier sperrte sich beharrlich. Mit schierer Gewalt konnte er dem kräftigen Tier nicht beikommen, und so setzte sich Onkel Luohan nach Luft schnappend auf die Erde und dachte darüber nach, was jetzt geschehen mußte. Das Sonnenlicht, das sich in den Gleisen spiegelte, schmerzte in seinen Augen. Dann stand er auf, zog seine Jacke aus, verband dem Maultier damit die Augen, führte es ein paarmal im Kreis herum und überquerte die Gleise.

Mo Yan, Ausschnitt aus „Das rote Kornfeld“

revolution verließ er mit 12 Jahren die Schule und arbeitete in einer Fabrik. Mit 20 Jahren trat er in die Volksbefreiungsarmee ein und begann als Soldat zu schreiben. 1981 gab er eine erste Sammlung von Kurzgeschichten heraus und arbeitete in der Kulturakademie der Armee. Erst 1986 schloss er ein Studium an der Kunsthochschule der Volksbefreiungsarmee ab. Literarische Anerkennung fand er ab 1987 mit seinem Roman „Das rote Kornfeld“, das ihm auch gleich internationalen Ruhm einbrachte. Zhang Yimu verfilmte den Stoff und wurde auf der Berlinale 1988 mit dem Bären ausgezeichnet.

Der Roman ist eine Familiengeschichte vor dem Hintergrund des chinesisch-japanischen Krieges in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts.

„Ich bin nicht mit großer Literatur aufgewachsen, sondern mit den Geschichten der Bauern. In unserer Gegend gab es einige großartige Erzähler, die abends die wildesten Anekdoten zum Besten geben konnten. Wie diese Bauern endlos Geschichten erzählen zu können, war früh mein Traum“, schreibt Mo Yan zu seiner Motivation, Schriftsteller zu werden ... Seine Romane sind handlungsprall, volkstümlich, von einer bildsatten, sinnlichen Sprache, äußerst umfangreich. Inspiriert von mündlich tradierten Le-



Mo Yan's Roman „Das rote Kornfeld“ wird von Zhang Yimu verfilmt und gewinnt 1988 den Preis der Berlinale

genden, von historischen Ereignissen, häufig in der Vergangenheit angesiedelt. „Mo Yun umgarnt seine Leser mit phantastischen und drastischen Elementen, hält sie mit Dämonen und anderen übersinnlichen Wesen bei der Stange und beschreibt ausführlich grausame Foltern ...“, so Spiegel online 11.10.12.

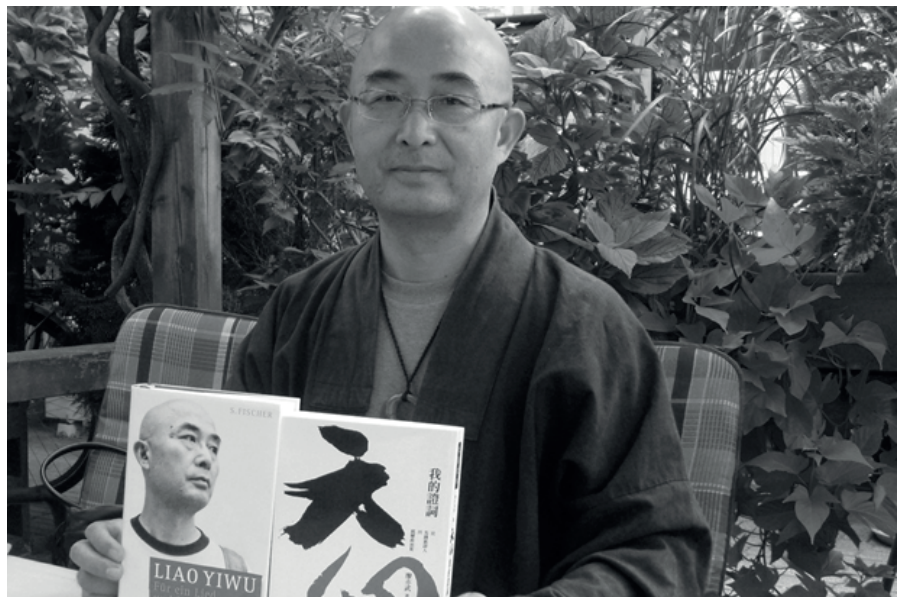
Ähnlich den berühmten lateinamerikanischen Werken des letzten Jahrhunderts – bei Garcia Marquez oder Vargas Llosa – entwickelt er inmitten der fassbaren Realität eine Art überhöhten magischen Realismus. Das Feld, die Hirsehalme, die Schnapsbrenner, die Frauen, selbst die mörderischen Soldaten – alles bekommt im sinkenden Abendlicht, in der nicht enden wollenen Qual einen imaginären Glanz. Als Metapher für Leben und Tod.

Auch seine folgenden Werke schreibt er meist „vor Ort“ in der Region und dem Dorf seiner Herkunft Gaomi/Shandong und die freie, zügellos drastische Art behält er auch in den folgenden Romanen bei: in „Große Brüste und breite Hüften“, „Der Überdruß“, „Die Schnapsstadt“, „Die Knoblauchrevolte“ und „Frosch“. Stets setzt er sich mit persönlicher und politischer Grausamkeit auseinander und karikiert deren Betreiber, so nach den Militärmachthabern Japans auch die der westliche Kolonialisten, die in der „Sandelholzstraße“ eine fürchterliche Foltermethode anwenden. Es entstehen unter den Opfern kaum nachahmungswürdige Helden – auch wenn z.B. Yu Zhan'ao im „Roten Kornfeld“ als antijapanischer Held in seinem Dorf verehrt wird – sondern Alltagsmenschen, die in alles verstrickt sind, sich erniedrigen und korrumpieren lassen oder sich rücksichtslos und gewalttätig widersetzen.

Mo Yan hat umfangreiche historische Kenntnisse über sein Land, verfügt aber über eine unintellektuelle Art zu schreiben: „Die Charaktere in meinen Romanen sind alle einheimische Chinesen und meine Sprache ist auch von der chinesischen Charakteristik geprägt.“ (Interview in Show china.org, Januar 2010). Obwohl es schwer ist, diese Sprache adäquat in andere fremde Sprachen, wie etwa deutsch und englisch, zu übersetzen, ist das – so die Verleger auf der Frankfurter Fachmesse – eines der Gründe, warum er international so interessiert gelesen wird.

## Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an Liao Yiwu

Liao Yiwu ist ebenfalls in den fünfziger Jahren (1958) zur Zeit der Kulturrevolution geboren, in der chinesischen Stadt Chengdu in Sichuan. In dieser Provinz, ganz im unterentwickelten Westen Chinas, wird seine Familie schwer von der damaligen Hungersnot



Liao Yiwu mit seinem Buch „Für ein Lied und hundert Lieder“

betroffen. Sein Vater, ein Gegner der Chinesischen Revolution, wird angeklagt, die Frau lässt sich zum Schutz der Kinder scheiden und Liao muss sich jahrelang als Straßenkind ohne Schulbesuch durchschlagen, später als Gelegenheitsarbeiter und Angestellter einer Zeitschrift, die ihn unter anderem mit westlicher Literatur bekannt macht. Obwohl er nach Ende der Kulturrevolution Ende der siebziger Jahre erste Gedichte in offiziellen Literaturzeitschriften veröffentlichen kann und auch in die Riege der „Staatschriftsteller“ aufgenommen wird, bekommt er nicht den gewünschten Studienplatz an der Universität. Trotz der politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung Chinas ab Mitte der Achtziger schreibt er bald nur noch in der im Untergrund tätigen Literaturszene. 1987 kommt er auf die „Schwarze Liste“

### Meiner Mutter

Meine Verse waren dir immer zu lang  
und jetzt zwingt das Schicksal deinen Sohn  
in einen kurzen Satz  
an dem weiter gestrichen wird  
bis nichts mehr ist, nur noch Hülle  
ein gesichtsloses, vergewaltigtes Wort

Bis auch das Wort nicht mehr ist  
ich nur noch ein Langzeichen bin  
falsch geschrieben meist wegen der  
vielen Striche

Ich bin alt  
sehe älter aus als du  
komme ich eines Tages heim  
wird der Glatzkopf dich noch »Mutter« nennen, vor allen?  
Spüre ich das noch – Liebe? Ertrage  
den viel zu sanften Windhauch?  
16. März 1991  
Liao Yiwu

und wird von den Behörden mehrmals verhört und unter Druck gesetzt.

Unter dem Eindruck der zunehmenden Unruhen und dem Eingriff des chinesischen Militärs bei der Massendemonstrationen auf dem Tian'anmen-Platz in Peking verfasst er sein Gedicht „Massaker“ („Frühe Gedichte“, hochroth-Verlag, Berlin 2012), verbreitet Kopien und versucht einen Film über die Ereignisse herzustellen. Daraufhin kommt er 1990 für vier Jahre ins Gefängnis. Davon berichtet er in seinem späteren Leben bis heute hin immer wieder: von den Grausamkeiten, den Bestrafungen, den Krankheiten und Selbstmordversuchen. Es geht – anders als bei Mo – nicht um fremde kolonialistische Übergriffe, sondern um die Verfolgung durch den eigenen chinesischen Staat, auch nach der Freilassung. Seine Aufzeichnungen werden bei Hausdurchsuchungen wiederholt konfisziert, er schreibt seine Erinnerungen stets neu, manchmal tausende von Seiten. Er versteckt sie, fotokopiert sie, gibt sie Freunden ins Ausland mit. Frau und Kind haben ihn verlassen, Freunde wenden sich von ihm ab, seine Verleger dürfen ihn nicht veröffentlichen. Seinen Lebensunterhalt muss er sich als Gelegenheitsarbeiter und Straßenmusiker mit der Flöte verdienen. 1998 verfasst er eine Anthologie zahlreicher chinesischer Dissidenten unter dem Titel „Der Untergang des Heiligen Tempels“ und wird erneut in Haft genommen „wegen dem vorsätzlichen Versuch, die Regierung zu stürzen“. 2001 veröffentlicht er in „bereinigter“ Form in einem chinesischen Verlag „Interviews mit Menschen vom unteren Rand der Gesellschaft“, in Deutschland unter dem Titel „Fräulein Hallo und der chinesische Bauernkaiser: Chinas Gesellschaft von unten“ (S. Fischer-Verlag Frankfurt 2012) veröffentlicht. Es wird auch in China gelobt und gut verkauft, aber seine weite-

re schriftstellerische Tätigkeit wird vom Staat dennoch nicht geduldet. Nun beginnt Liao Yiwu, seine Bücher ins Ausland zu bringen, nach Taiwan, Frankreich, Polen, in die USA, was ihm eine Reihe von internationalen Preisen einträgt. Sein Land darf er – wie gewünscht und beantragt – nicht verlassen, auch nicht 2008, als die Frankfurter Buchmesse Chinas Literatur zu ihrem Schwerpunktthema macht und gegen den Protest der offiziellen chinesischen Delegation (inclusive Mo Yun) eine Reihe von Dissidenten mit einlädt (ich würde nach meinem Eindruck allerdings sagen) „vorrangig begrüßt“.

Schließlich schreibt Liao 2009 nach dem katastrophalen Erdbeben in Sichuan mit 80 000 Opfern die „Chronik des Großen Erdbebens“ und seit 2011 veröffentlicht sein deutscher Verlag „Für ein Lied und hundert Lieder“, eine weitere Fassung seiner Erlebnisse im Gefängnis. Aber da ist er schon mit Hilfe von Freunden über Vietnam nach Deutschland geflohen und lebt jetzt mit einem Stipendium des Berliner Künstler-Programms von DAAD versehen in Berlin. Hier erreichte ihn im Juni dieses Jahres die Nachricht von seinem „Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“, den er im Oktober dieses Jahres in der Paulskirche in Frankfurt entgegen nehmen konnte.

Liao Yiwu schreibt in seinen Büchern keine Romane, sondern macht eigentlich Interviews und Gespräche mit den Menschen, die ihm auf der Straße, in den Dörfern oder im Gefängnis begegnen: mit Mördern, Totenliedersängern, Dieben, Menschenhändlern, Wahrsagern, Homosexuellen, Bettlern, Lehrern, Dissidenten, alten Landadligen, Zuhältern, buddhistischen Mönchen und Feng-Shui-Meistern. Zudem „eine großartige Erinnerungsleistung“, so die Dichterin Herta Müller. Liao berichtet von der Schikane der Behörden, den Grausamkeiten der Wärter im Gefängnis, den zynischen Folterknechten, aber auch“ von der Menschlichkeit derjenigen, die den Tod erwarten und dabei alle Unterwürfigkeit aufgeben.“ „Selbst die Wachhabenden sind manchmal vor Mitleid ganz hilflos, aber beim kleinsten Ereignis droht der Zerfall der Gemeinschaft.“ „Er macht seinen geschundenen und geschändeten Körper zum Pergament der Anklage... ein monumentales Epos von eigenem literarischen Rang“ (FAZ, 30.7.12).

## Gleiches und Gegensätzliches

Mo und Liao sind beide in den fünfziger Jahren in der Zeit nach der Chinesischen Revolution und der Gründung der Volksrepublik China unter sehr ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen und weisen in der Art ihrer literarischen Darstellung viele Ähnlichkeiten auf. Sie schreiben fast ausschließlich

vom Leben und Denken der unteren Schichten der chinesischen Gesellschaft – vom Bettler bis zum Bauern – und geben ihnen eine hör- bzw. lesbare Stimme. So in Liaos Interviews wie auch in Mos Erzählungen. Bei den Schilderungen der persönlichen, polizeilichen oder militärischen Grausamkeiten fällt es oft schwer, weiter zu lesen. Es ist fast unerträglich, es berührt und empört.

Die politische Konsequenz, die beide Dichter aus dem Erfahrenen und Geschriebenen ziehen, sind konträr entgegengesetzt. Mo widmet sich vor allem dem Schmerz der chinesischen Vergangenheit – weniger dem Zustand von heute. „Er ist Mitglied des staatlichen Schriftstellerverbandes und als solcher bereit, die Grenzen zu akzeptieren, die ihm die staatliche Zensur setzt“, so Mark Siemons, sein amerikanischer Übersetzer aus Beijing. „Doch es wäre verfehlt, ihn für einen Staatsschriftsteller zu halten. Vielmehr hat er eine kaleidoskopische Art des Schreibens erfunden, an deren Vielstimmigkeit, Komik, Archais, oft auch Obszönität jede Zensur irrewerden muss.“

„Ich lebe und arbeite in China“, sagt Mo Yan.

„Ich schreibe in China unter der Führung der Kommunistischen Partei. Aber meine Werke können nicht von einer politischen Partei eingeschränkt werden.“

Auch andere Ländern hätten Zensur aus religiösen und ethnischen Gründen.

„Natürlich gibt es keine absolute Freiheit in China, einen Roman zu veröffentlichen.“

Im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren sei man aber „überrascht“, wie die Beschränkungen nachgelassen hätten. (Focus online 11.10.12). In seinem Buch „Der Frosch“ (bei Hanser Verlag, 2013) greift er aktuelle Widersprüche im gegenwärtigen China auf: die Einkind-Politik. Seine Tante, eine Frauenärztin, muss mit den zahlreichen Konflikten und Folgen der staatlichen Geburtenpolitik klar kommen, von Zwangssterilisierungen bis zu erzwungenen Spätabtreibungen.

„Mo Yan ist natürlich kein Kämpfer, aber bei den großen moralischen Fragen verliert er auch nicht seinen Standpunkt. Ich bin überzeugt, dass der gesellschaftliche Effekt von einem Werk, das die Wirklichkeit derart direkt anpackt und dabei die Seele tief berührt, nicht geringer ist, als der von Parolen und Unterschriften“, schreibt ein chinesischer Blogger.

Wer den Lebenslauf des Schriftstellers Liao Yiwu verfolgt hat – seine ausgewogenen Versuche, frei schreiben und veröffentlichen zu können, die nie enden wollende staatliche Kontrolle, das grausame Schicksal in den chinesischen Gefängnissen – der wird ver-

stehen können, warum Liao diesem Land so kompromisslos mit persönlichem Hass und politischer Anklage begegnet. Aber seine politischen Aussagen wird man dennoch auch kritisch betrachten müssen.

In seiner Rede zur Preisverleihung rechnet er mit allem Chinesischen ab.

„Menschen morden. Das war die Methode, um das Fundament des neuen Staates zu legen. Darin herrscht eine stillschweigende Übereinkunft von Mao Tse Tung bis Deng Xiaoping... Nach dem Tian'anmen-Massaker setzte sich die blutige Unterdrückung fort, gegen die Angehörigen der Opfer des Massakers, gegen Qigong-Gruppen, Falun-Gong, die Demokratische Liga Chinas, Beschwerdeführer, enteignete Bauern, Arbeitslose, Anwälte, Untergrundkirchen, Dissidenten, die Opfer des Erdbebens von Sichuan, die Unterzeichner der Charta 08, die Anhänger der Jasminrevolution, Tibeter, Uiguren und Mongolen – die Fälle häufen sich und die Tyrannei geht auf hohem Niveau weiter... Das Wertesystem des chinesischen Imperiums ist längst in sich kollabiert und wird nur noch vom Profitdenken zusammengehalten.“ (Focus online, 14.10.12).

Ein Interview mit dem „Börsenblatt-Wochenmagazin für den deutschen Buchhandel“, Heft 26-12 heißt es weiter:

„Ich betrachte die Entwicklung in China nicht als einen Aufstieg, im Gegenteil. Es gibt sehr viele schwache Menschen dort, für die nichts besser geworden ist. Das Land wird verseucht. Die Menschen kennen überhaupt keine moralischen Grenzen. China ist die größte Müllkippe der Welt... In meinen Augen gibt es keinerlei Hoffnung für dieses Land... Von China geht eine große Gefahr für die westliche Kultur aus...“

Und weiter in der Rede zur Preisverleihung:

„Im Altertum waren Tibet, Xinjiang, die Mongolei oder Taiwan für China Ausland... Könnte Tibet einfach ein freies Land sein, das Grenzen mit Sichuan und Yunnan teilt, und nicht von einer Diktatur in Peking unterdrückt wird...“

„Dieses menschenverachtende Imperium mit den blutigen Händen, die Ursache für soviel Leid in der Welt, dieser unendlich große Müllhaufen muss auseinanderbrechen... Dieses Großreich muss auseinanderbrechen, für den Frieden und die Seelenruhe der ganzen Menschheit...“

Schließlich rechnet er auch noch mit seinem Schriftsteller-Kollegen Mo Yan und den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt ab. Mo sei ein „Staatsautor“, der das Regime vertrete, dem es aber nicht um die Menschenrechte im kommunistischen China gehe (am 12.10.12. auf der Buchmesse). Helmut

Schmidt warf er „Doppelmoral“ vor, weil dieser kürzlich das Peking-Massaker verharmlost habe.

Es ist kaum möglich und nicht sinnvoll, sich im Einzelnen mit diesen pauschalen Vorwürfen zu befassen. Welche Möglichkeit bieten sie denn, darüber in einen vernünftigen Dialog zu treten? Sie zeugen eher von einer allgemeinen apokalyptischen Weltuntergangsszenarie, die alles zerschlagen will. Dafür findet man Verständnis, angesichts der starken zentralen Macht, die ihn zu beugen versuchte. Aber eine vernünftige kritische Regelung etwa für ein demokratisches China mit mehr kommunalem oder regionalem Spielraum, ein Staat mit besseren sozialen Versorgungseinrichtungen oder konkret mit mehr Menschenrechten – etwa der Abschaffung der Todesstrafe – das alles steht bei ihm nicht zur Debatte. Von daher ist seine literarische Leistung zu Recht gewürdigt worden, seine politischer Standpunkt ist nur kaum akzeptabel (siehe unsere Untersuchungen zur chinesischen Staatsform, Wirtschaft, Politik und Religion in den Politischen Berichten Nr. 8/2008 und Nr. 11 und 12/2011).

## Schriftsteller werden instrumentalisiert

Das betrifft sowohl den chinafeindlich eingestellten Liao als auch den gemäßigten Staatsfreund Mo. Aber ich will vor allem diejenigen noch einmal ins Auge fassen, die sich um die Dichter versammeln, sie durch Preisvergaben belobigen oder tadeln und ihnen durch Presse und Medien öffentlich Anerkennung zollen. An der Preisvergabe des Deutschen Börsenvereins an Liao Yiwu lässt sich leicht ablesen, dass dieser für die Politiker in der Bundesrepublik von Nutzen sein kann. Allerdings nur auf den zweiten Blick.

Einerseits – wie oben dargestellt – ist es für die Wirtschaft und die Regierung in der Bundesrepublik – vom Außenminister über Kanzlerin Merkel bis zur Börse – unerlässlich, wirtschaftlich gute Beziehungen zu diesem wachsenden Wirtschaftsgiganten zu halten und mit ihm Handelsaustausch in Waren und Kapital zu betreiben. Dabei braucht man sich um Fragen der Menschenrechte nicht zu scheren. Bei den Handelsbeziehungen mit anderen – etwa den europäischen

oder amerikanischen – Ländern natürlich auch nicht. Nur dass ein solches Statement denen gegenüber auch gar nicht – zumindest nicht in der bundesdeutschen Presse – gefordert wird. Spricht Merkel so zu Obama über Guantanamo?!

Andererseits stärken die Banken, Wirtschaftsbosse und Politiker zugleich auch die Kräfte, „die langfristig als innere Bündnispartner gegen Beijing in Frage kommen“, so analysiert es ausführlich das online-Informationsblatt German-Foreign-Policy.Com, das hier ausführlich zu Wort kommen soll:

„Liao Yiwu kann dabei in doppelter Hinsicht als beispielhaft gelten. Zum einen spricht er sich dafür aus, China aufzuspalten, und schließt sich damit Sezessionisten an, die die Bundesrepublik schon in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre an sich zu binden begonnen hat. Bei diesen handelt es sich vor allem um die alten feudalen Herrschercliquen aus Tibet um den Dalai Lama, die in den 1950er Jahren entmachtet wurden, sich in ihrem anschließenden Untergrundkrieg gegen Beijing ungeachtet umfassender Hilfen aus dem Westen – vor allem seitens der CIA – nicht durchsetzen konnten und heute vom Exil im indischen Dharamsala aus ihren Kampf gegen die Volksrepublik weiterführen. Zudem widmet Berlin seit geraumer Zeit den sezessionistischen Aktivitäten der Uiguren im westchinesischen Xinjiang erhebliche Aufmerksamkeit.“

Andererseits scheint Liao aus Berliner Sicht geeignet, in Milieus einzudringen, die man langfristig ebenfalls gegen die chinesische Regierung in Stellung bringen zu können hofft: aufstrebende, eher urban geprägte Mittelschichten, deren stetig zunehmende Profit- und Machtinteressen sie dereinst veranlassen könnten, sich mit Liberalisierern aus dem Westen gegen Beijing zu verbünden. Dieser Gedanke liegt den seit einigen Jahren zu beobachtenden Bemühungen Berlins zugrunde, unter den chinesischen Bürgerrechtlern und unter dem Westen gegenüber offenen Kulturschaffenden Partner zu gewinnen – sie könnten auf lange Sicht günstige Zugänge zu den aufstrebenden Mittelschichten erschließen. Daraus erklärt sich die deutsche Unterstützung für den Friedensnobelpreisträger des Jahres 2010, Liu Xiaobo, der China nicht völlig aufspalten, aber doch in einen lockeren Verbund relativ eigenständiger Einheiten („Bundesrepublik“) umwandeln will. Auch die deutsche Sympathie für den chinesischen Künstler Ai Weiwei, der in der Volksrepublik wie Liu in Kon-



Bild: www.bundespraesident.de

flikt mit den Behörden steht, entspringt dem Wunsch, Verbündete in den kulturell interessierten Mittelschichten zu gewinnen. Liao Yiwu, der China zerschlagen sehen will und deshalb jetzt mit einem deutschen Friedenspreis ausgezeichnet worden ist, fällt in dieselbe Kategorie.“ (German-Foreign-Policy.Com, 16.10.2012)

Die angesichts der Forderungen „China muss zerschlagen werden“ begeistert klatschenden bundesdeutschen Politiker und Pressevertreter – Bundespräsident Gauk vorne weg – haben dabei bestimmt überhört, dass Liao immerhin auch die Bundesrepublik nicht mit seiner Weltmoral verschonte, indem er sagte:

„... Unter dem Deckmantel des freien Handels machen westliche Konsortien mit den Henkern gemeinsame Sache, häufen Dreck an. Der Einfluss dieses Wertesystems des Drecks, das den Profit über alles stellt, nimmt weltweit überhand... Immer mehr Chinesen werden feststellen, dass es auch im demokratischen Westen weder Gerechtigkeit noch Gleichheit gibt und auch dort habgierige Funktionäre und andere Profitgeier sich schamlos nach dem Muster: ‚Dem Sieger gehört die Beute‘ verhalten...“

Hat vielleicht auch die schwedische Akademie der Wissenschaften bei Nobel-Preisverleihung solche oder ähnliche politische Ambitionen, die ihre literarischen Entscheidungen beeinflussen? Warum hat sie sich dann dieses Mal den für den „staatsstreuen“ Schriftsteller Mo Yan entschieden, nachdem sie 2010 den oben genannten Dissidenten Liu Xiaobo bevorzugte? FAZ.net vom 11.10.12. überlegt, dass die Akademie gerade weil sie 2010 einen chinesischen Dissidenten für den Friedensnobelpreis nominierte, unter chinesischen Druck geraten ist und dieses mal einen taktischen Ausgleich schaffen musste. „Oder handelt es sich im Gegenteil einmal um eine besonders souveräne Entscheidung, die sich von nationalen und anderen kollektiven Zugehörigkeiten nicht in ihren Qualitätsurteil irremachen lässt?“

Wie dem auch sei – eins steht trotzdem fest: die beiden chinesischen Schriftsteller sind klasse und wert gelesen zu werden. Edda Lechner, Norderstedt

**Liao Yiwu: „Für ein Lied und hundert Lieder. Ein Zeugenbericht aus chinesischen Gefängnissen“**

**S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2011, ISBN 3-596-19000-2; 24,95 EUR**

**Mo Yan: „Das rote Kornfeld“, Unionsverlag, ISBN 3-293-20383-3; 12,90 EUR**

# Die Linke, die Wahlstrategie 2013 und Europa

**Am 13. Oktober 2012 hat der Parteivorstand die „Wahlstrategie der Partei Die Linke für das Wahljahr 2013“ beschlossen.<sup>1</sup>**

Dem voraus gegangen war ein Entwurf, der auch bereits den Landesvorständen zur Diskussion zugegangen war. Die erste Diskussion um die Wahlstrategie soll ausdrücklich nicht bereits das Wahlprogramm ersetzen. So wie der Parteivorstand versucht, mit der Wahlstrategie eine neue Öffnung der Debatte in der Partei und der Diskussion mit Ihren Wählerinnen und Wählern über Anforderungen an die Linke, über Aufgaben und über den Nutzen für die Wählerinnen und Wähler anzustoßen, so ist auch ein neuer, öffentlicher Diskussionsprozess über das Wahlprogramm vorgesehen. Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter schreibt:<sup>2</sup> „Die Linke wird sich bis Juni 2013 ein Wahlprogramm zur Bundestagswahl geben. Im Vorfeld wollen wir mit allen – ob Mitglieder der Partei, Bündnispartner, Sympathisantinnen und Sympathisanten oder interessierte Bürgerinnen und Bürger – eine intensive Debatte über die wesentlichen Punkte unseres Wahlprogramms führen.“

Dieser Prozess soll auf den dazu vorgesehenen eigenen Web-Seiten „debattezbundestagswahlprogramm“ der Linken im Internet veröffentlicht werden und die Möglichkeit für Beiträge und für Beteiligung an der Erarbeitung des Wahlprogrammes bieten. Dessen Entwicklung ist in drei Stufen vorgesehen:

„Vorphase (Oktober 2012 bis Februar 2013) ... mit der Sammlung von Fragen und Themen, Diskussion des ersten Entwurfes (Ende Februar 2013 bis April 2013) .... , Diskussion zum Leitantrag. Am 18. April 2013 wird der Leitantrag als Vorschlag für unser Wahlprogramm veröffentlicht. Bis zum 30. Mai 2013 können Änderungsanträge an den Leitantrag gestellt werden. In der Zeit bis dahin setzen sich die Delegierten des Bundesparteitages im Rahmen von Delegiertenberatungen mit dem Leitantrag auseinander. Vom 14. bis 16. Juni 2013 findet der Bundesparteitag in Dresden statt. Dort werden die Delegierten das Wahlprogramm beschließen.“

Als Ziel für das Wahlprogramm formuliert die Wahlstrategie 2013:

„Die Linke unterbreitet allen Wäh-

ler\_innen, nicht anderen Parteien, ein klares Angebot. Rote Haltelinien und ein Reformprogramm sind für uns – das wird das Wahlprogramm zeigen – kein Gegensatz, sondern notwendige Bedingung glaubwürdiger Politik. ... Unser Ziel ist es, konkrete Lösungsvorschläge zu präsentieren, um damit deutlich zu machen, dass sich etwas zum Positiven in unserem Land verändern kann.“

Diesem neuen Verfahren einer Wahlprogrammentwicklung ist jede Unterstützung und Beteiligung aus der Mitgliedschaft und der interessierten Öffentlichkeit zu wünschen.

Diese Öffnung der Diskussion und Fragestellung und der stärkeren Hinwendung zu und Konfrontation mit den realen Konfliktlinien in der Gesellschaft nimmt den dringenden Wunsch großer Teile der Mitgliedschaft auf, den Habitus: „Wir wissen alles und vor allem besser“ abzulegen, ohne damit die politische Grundorientierung der Partei abzulegen. (Dass dabei auch noch Raum für einen Hauch von Selbstironie bleibt zeigt die Formulierung: „Der Weg zum besten Wahlprogramm aller Parteien“ als Überschrift zu den drei Phasen der Wahlprogrammerarbeitung.)

Wie schwierig, mühsam und auch arbeitsreich aber ein solcher Weg der Öffnung für die realen Konfliktlinien und für die Erarbeitung von Reformantworten ist und noch sein wird, zeigt das Thema Europa in der Wahlstrategie.

Im Entwurf der Wahlstrategie 2013 fand sich der – im Kontext der Politik der Linken – bemerkenswerte Satz:

„Wir wollen eine vertiefte – dabei vor allem soziale und ökologische – europäische Integration, die notwendigerweise von einem weitreichenden Demokratisierungsprozess in Europa begleitet werden muss.“

In der am 13.10. beschlossenen Fassung der Wahlstrategie 2013 findet sich dieser Satz nicht mehr, dafür aber neu, der eher ziemlich altbekannte Kernsatz: „Wir stehen für einen Neustart der Europäischen Union“, dazu dann die notwendigen allgemein richtigen und auch bekannten Forderungen nach Demokratisierung, Bändigung der Finanzmärkte und Kampf gegen

Lohndumping in Deutschland als Beitrag zum Ausgleich der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Währungsunion.

Wie zu erfahren ist, war zwischen Entwurf und Beschlussfassung am 13.10 wenig Raum für eine Europadebatte und schnell lassen sich die unterschiedlichen Ansatzpunkte, Ansichten und Aussichten zu diesem Thema sowieso nicht klären. Also – so scheint es – wurde kurz vor der Kurve zu neuen Aussichten schnell auf Altbekanntes abgebogen. Schade. Aber der Weg zum Wahlprogramm wurde ja auch gerade erst aufgenommen.

Am Ende des ersten Abschnitts der Wahlstrategie 2013 steht:

„Der Wahlkampf der Linken wird notwendigem Protest Raum geben, gesellschaftlich aufklärend, aufsuchend und offen für Mitmachen, provokant, kulturvoll und gelegentlich auch spektakulär sein.“

„Wir stehen für einen Neustart der Europäischen Union“ ist jetzt aber ungefähr so „spektakulär“ wie etwa eine Formulierung von der Art: „wir stehen für einen Neustart Deutschlands nach dem 3.10.1990“. Wir stehen hier, wer holt uns ab – wen wollten wir hier „abholen“?

Abgebogen wird vor der Frage der Auseinandersetzung um die Gestaltung der sowieso stattfindenden – aber eben zentralistischen, die reichen Länder und die besitzenden Klassen in der Gesellschaft begünstigenden – europäischen Integration.

Wie ist das mit der Vereinbarkeit von „Roten Haltelinien“ und „Reformprogramm“ in Sachen Europa, fragt sich doch der und die geneigte Leser/in und: wo bleibt hier das Reformprogramm zur sowieso stattfindenden europäischen Integration, deren Teil doch Die Linke selbst auch ist mit Forderungen u.a. nach Bankenregulierung und Sozialunion? „Gehen Sie zurück auf Start“ ist doch keine Antwort auf einen jahrzehntelangen, immer mit und vor allem durch Krisen getriebenen wirtschaftlichen und politischen europäischen Integrationsprozess, der gewissermaßen naturwüchsig immer nach der Exekutive als Ordnungsmacht ruft und Demokratie in vielen Bereichen schwächt. Aber: was sind die gegenwirkenden, sozial und politisch ausgleichenden Kräfte und wie, wodurch, mit welchen Reformforderungen müssen wir sie unterstützen? Das wären dann schon ein paar Fragen, auf die ein Wahlprogramm der Linken immerhin aktuelle Antworten (auf)suchen sollte.

*Christoph Cornides*

<sup>1</sup> [www.die-linke.de/dielinke/wahlen/wahlstrategie2013](http://www.die-linke.de/dielinke/wahlen/wahlstrategie2013)

<sup>2</sup> [www.die-linke.de/dielinke/wahlen/debattezbundestagswahlprogramm/mitmachmoeglichkeiten/](http://www.die-linke.de/dielinke/wahlen/debattezbundestagswahlprogramm/mitmachmoeglichkeiten/)



VON ASSAF BONDI<sup>1</sup>

Koach la-Ovdim - „Macht den Arbeitern!“

Neue Wege gewerkschaftlicher Selbstbestimmung und demokratischer Vertretung von Arbeiterinteressen in Israel

קרן רוזה לוקסמבורג  
مؤسسة روزا لوكسمبورغ  
Rosa Luxemburg Stiftung in Israel  
24. Oktober 2012

Der Autor – M.A.-Absolvent der Soziologie an der Ben-Gurion-Universität des Negev in Beersheva – ist als Leiter der Südfiliale der Organisation Koach la-Ovdim tätig. Gegenwärtig arbeitet er an einer Dissertation über die Hintergründe für die Anstellung von Reinigungskräften durch Subunternehmer im öffentlichen Sektor Israels.

Die rasante Entwicklung verschiedener Formen missbräuchlicher Anstellung und der Abbau von Arbeiterrechten führten zu öffentlichen Diskussionen über die Wege gesellschaftlicher Reaktion auf die berufliche Notsituation bzw. über die größer werdenden sozialen Klüfte in der israelischen Gesellschaft.

### **Zusammenfassung: Die neu organisierte Arbeiterschaft – Chance für eine neue linke Politik in Israel?**

Der skizzierte politische und klassenmäßige Einsatz für Arbeiterrechte versetzt die dominanten politischen und gesellschaftlichen Eliten in Unruhe.

Insbesondere die Histadrutführer werten Koach la-Ovdim und deren Aktivitäten als subversive Machenschaften, mit denen der Zusammenhalt der Arbeiterschaft gefährdet werde. Zugleich würden die zentrale Machtposition der Histadrut auf dem Arbeitsmarkt und der Burgfrieden mit den Unternehmern in Frage gestellt. Die Feindseligkeit, die die Histadrutführung der jungen Organisation entgegenbringt, führt zu bitteren Auseinandersetzungen bei der gewerkschaftlichen Neuorganisation von Arbeitnehmern.

Wo Koach la-Ovdim erstmalig Erfolge erzielt, versucht die Histadrut diese für sich zu verbuchen. Als sich z. B. die Beschäftigten eines Werks der Firma „Ackerstein“ (ein Unternehmen, das in drei Fabriken des Landes große Betonblöcke herstellt) Koach la-Ovdim anschlossen, entstanden „überraschend“ in den anderen beiden Fabriken der Firma gesonderte Arbeiterorganisationen. Die Vertretung aller Arbeiter des Unternehmens durch Koach la-Ovdim wurde dadurch unterminiert. An der Open University, Israels größter Universität, schlossen sich einhundert in der Histadrut organisierte Dozenten zusammen, um gegen eine Vereinbarung zu protestieren, die 1.300 Wissenschaftler und Koach la-Ovdim mit der Universitätsleitung geschlossen hatten. Die kleine Dozentengruppe forderte (freilich vergeblich), den Vertrag zu annullieren und die Histadrut an der Universität als einziges gewerkschaftliches Vertretungsorgan anzuerkennen.

Die Rivalität, die zu Tage tritt, wenn Arbeiter der „alten“ Histadrut (die nicht selten als korrupt und kompromissbereit bezüglich der Arbeitgeberinteressen wahrgenommen wird) die neue Koach

Zunehmend wandten sich im letzten Jahrzehnt soziale Aktivisten an die Gruppen sozial schwacher Arbeiter und Arbeiterinnen, um sie auf dem Weg einer ersten Selbstorganisation zu begleiten mit dem Ziel, den gegebenen Status zu verändern. [...]

[www.rosalux.de/publication/38834/](http://www.rosalux.de/publication/38834/)

[koach-la-ovdim-macht-den-arbeitern.html](http://koach-la-ovdim-macht-den-arbeitern.html)

la-Ovdim vorziehen, bringt – produktive – Unruhe in den Arbeitsmarkt. Sie erhöht die Fähigkeit und Freiheit der Arbeitnehmer, sich zu organisieren, und zwingt gleichzeitig die alte Organisation zu inneren Reformen.

So bewirkten die Aktivitäten von Koach la-Ovdim 2009 z. B. die Schaffung einer neuen Histadrutabteilung, deren Ziel es ist, Beschäftigten zu helfen, sich an ihrem Arbeitsplatz gewerkschaftlich zu organisieren (dies 89 Jahre nach Gründung der Histadrut als Gewerkschaftsorganisation!).

Seither haben sich in der Histadrut Tausende Arbeiter neu organisiert. Parallel dazu garantiert die Struktur der Einheitsgewerkschaft nach wie vor die Dominanz einer Partei, die nicht an den Arbeitsplätzen gewählt wird. Sie steht in starkem Widerspruch zu den demokratischen Veränderungen, die sich (in Opposition zum Establishment) um sie herum vollziehen.

Der Aufschwung in Teilen der organisierten Arbeiterbewegung in den vergangenen fünf Jahren ließ für die Wahlen zur Histadrutführung am 22. Mai 2012 Optimismus aufkommen. Neue Kräfte forderten den amtierenden Vorsitzenden Ofer Eini heraus.

Der Wahlkampf jedoch belegte ein weiteres Mal die große Distanz der Histadrut zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Der als Alternative zur schwachen Gewerkschaftspolitik und zum korrupten Image der Histadrut auftretende Kandidat – Eitan Kabel, zugleich Knessetmitglied der Arbeitspartei – verfügte über geringe Erfahrung auf dem Gebiet der organisierten Arbeit. Andererseits fanden die Wahlen nach einem Sommer lebhafter sozialer Proteste statt, die sich vor allem gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Berufstätigen richteten. Sie hätten den frischen Wind von Demokratie und Offenheit mit sich bringen können. Das

Histadrutvotum jedoch bestätigte Eini für eine zweite Amtszeit und zementierte damit die in der Gewerkschaft bestehenden Verhältnisse.

Eini, für enge Zusammenarbeit mit privaten Arbeitgebern und neo-liberalen Regierungsvertretungen bekannt, wurde nicht nur aufgrund seiner guten Beziehungen innerhalb der Gewerkschaft, zu Parteien und zum politischen Establishment, sondern auch wegen der äußerst geringen Wahlbeteiligung wiedergewählt; lediglich ein Drittel der Histadrutmitglieder nahm an der Abstimmung in den Betrieben teil.

Die Herausbildung und Aktivitäten von Koach la-Ovdim zeigen dennoch auf, dass für linke Politik ein Licht der Hoffnung am Ende des Tunnels existiert. Die anrührende Geschichte der Putzfrauen, die der Autor gemeinsam mit einer Gruppe engagierter Aktivisten in Beersheva begleitete, wirkt in Israel nach. Die sozialen Proteste des Sommers 2011 hatten durch die massenhafte Forderung nach „gesellschaftlicher Gerechtigkeit“ die sozio-ökonomischen Grundfesten der Gesellschaft, nicht zuletzt auch auf dem Arbeitsmarkt, vorübergehend ins Wanken gebracht, ohne dass daraus bereits eine neue Realität erwuchs. Die realen Probleme blieben unberührt.

Die schwere Arbeit der in prekären Anstellungsverhältnissen beschäftigten Reinigungskräfte an der sozialen und geographischen Peripherie Israels geht heute nach wie vor alle etwas an – Aktivistinnen und Aktivisten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Durch Subunternehmer angestellt, erkennen die betreffenden Werktätigen mehr und mehr die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems bzw. organisieren sie sich an ihren Arbeitsplätzen gewerkschaftlich.

Zunehmend wenden sie sich an Arbeiterorganisationen, die sie als effektive und stärker werdende Plattformen sozialer und politischer Veränderungen erkennen. Die gewerkschaftspolitische Wirksamkeit der benannten Reinigungskräfte und vieler anderer prekär beschäftigter Arbeitnehmer, die tagtäglich die soziale Kluft zwischen sich und ihrer Umwelt zu überbrücken haben, weist den Linken den Weg zu einer neuen Strategie – die einer basisdemokratischen Organisation der Arbeiter.

Sie könnte einem von allen Richtungen und Gruppierungen des Volkes getragenen politischen Kampf neue Impulse und Perspektiven gegen die anhaltende Neoliberalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft in Israel sowie für ein wahrhaftes und starkes sozialistisches und demokratisches Regime vermitteln.

[www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Ausland/Nahost/NewsletterGewerkschaftenIsrael.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Ausland/Nahost/NewsletterGewerkschaftenIsrael.pdf) S. 7-8.

## Inhalt

### Aktuelle Meldungen

Mehr Subventionen für Elektroautos • Die Linke: „Merkel wird Bundestagswahl im Osten verlieren“ • Wechselstimmung, Stabilitätscluster und der CSU-Übergriff auf die Pressefreiheit • Kurdische politische Gefangene in der Türkei im Hungerstreik

### Linke-Fraktion im Bundestag bemüht sich um Verbesserungen bei der gesetzlichen Rente

### OB-Wahl Stuttgart: Mehr Demokratie gewollt, aber einen Hegemon bekommen?

### Türkei verhaftet Lehrer der Bildungsgewerkschaft Eğitim-Sen

### Auslandsnachrichten

DHL verweigert Dialog mit der türkischen Gewerkschaft • Türkei: Kampagne für die Pressefreiheit • Philippinen: Coca-Cola soll Arbeitnehmerrechte respektieren • Produktion zu Hungerlöhnen • Solidarität mit Näherinnen • Boliviens Bergleute streiken und blockieren • China: Angriffe gegen arbeitspolitische NGOs stoppen • ITF begrüßt die Gründung eines Netzwerks der Gewerkschaft bei Walmart

### Aktionen ... Initiativen

Die Rückkehr des Krieges in die Politik • Rette sich, wer kann! Das Risiko sichtbar machen • Demonstration und Aktionen des zivilen Ungehorsams angekündigt • Topforchester gegen Nahrungsmittelspekulation • Demonstration am 10.11.2012 in Köln-Chorweiler • Kultusministerium fordert Neutralität bei Besuchen von Jungoffizieren in der Schule • Mehr Demokratie begrüßt Kompromiss zum Bundeswahlrecht

### 20 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen

### Wohnen in Mannheim – sozial und integrativ

### Stuttgart: Putzen für die Stadt unter Tarif?!

### Kommunale Politik

Kitaträger treibt Gebühren mit Inkassofirma ein: Hamburg. • Städtische Leerstände für Zwischennutzungen freigeben! Köln • Quote für sozialen Wohnungsbau einführen! Frankfurt a.M. • Städtetag veröffentlicht Gemeindefinanzbericht 2012: Berlin •

### Europaweiter Aktionstag der Gewerkschaften

### Kurzarbeit: Handlungsbedarf bei den Regelungen

### Wirtschaftspresse

### China: Große Literatur und Politik

### Die Linke, die Wahlstrategie 2013 und Europa

### Rosa Luxemburg Stiftung: Studie zur

### Arbeiterschaft in Israel

# Informationen zur Winterschule 2013 – Donnerstag, 3. bis Sonntag 5. Januar

## Die Kursthemen

### Philosophie/Kulturwissenschaft:

Parteiensystem relaoded – Der Kurs Philosophie widmet sich im Winter erneut dem Problem, griffiges Material für einen strukturierten Einstieg ins Thema zu finden. Die Diskussion wird an den Thesen von Martin Morlock „gesellschaftliche Freiheit als Bedrohung politischer Chancengleichheit“ anknüpfen.

### Wirtschaft:

Die öffentliche Hand und das Wirtschaftsleben – Die Aufgaben der Bundesländer. Am Beispiel von Bayern sowie NRW (Rhein und Ruhr)

Genauere Angaben zu den Kursen siehe Beilage „Rundbrief der ArGe Konkrete Demokratie – soziale Befreiung“.

Die Lage und Dauer der „Schule“ hat sich verändert. Wir tagen von Donnerstag (14 Uhr) bis Samstag (18 Uhr). Die Mitgliederversammlung wird am Donnerstagabend stattfinden, so dass ggfs. der Freitagabend noch als Seminarzeit genutzt werden kann.

Wir bitten darum, die An- und Abfahrtszeiten so zu legen, dass der verkürzte Seminarzeitraum voll ausgeschöpft werden kann und nicht durch frühere Abfahrtszeiten weiter reduziert wird.

Somit findet die Winterschule 2013 von Donnerstag, 3.1., bis Samstag, 5.1.2013, in Erfurt statt. Beginn ist am Donnerstag um 14 Uhr, Ende am Samstag um 18 Uhr.

Die ArGe-Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, 3.1., voraussichtlich 19 Uhr, statt.

Wir tagen erneut in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH

Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 4 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Die Kosten für Ü/F sind gestiegen und betragen ca. 29,50 Euro + ca. 1 Euro Kurtaxe pro Person.

Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Anmeldungen bitte bis 1. Dezember und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

## Erinnern an die Ermordung der europäischen Roma und Sinti

Mit dem Denkmal zur Erinnerung an die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas (Einweihung 24. Oktober 2012) ist ein Gedenkort geschaffen worden, der an die hunderttausendfache Verfolgung von Sinti, Roma, Lalleri, Lovara, Manus und anderer Gruppen in der Zeit des Nationalsozialismus erinnert. Durch den Beschluss des Bundestages von 1992 wurde eine lange bestehende Forderung des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma erfüllt – die Errichtung zog sich aber 20 Jahre hin. Aus diesem Anlass hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung verschiedene Dokumente von Veranstaltungen, Publikationen und extern geförderten Projekten der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Geschichte des

Genozids an den europäischen Roma und Sinti, zu Antiziganismus und zur Roma-Politik heute zusammengestellt. Sie sind im Internet abrufbar unter [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de):

*Die Entwicklung des Antiziganismus in Bulgarien.* Reihe: Europa von links (23.10., Berlin)

*Lesung mit Ceija Stojka „Und dennoch lebe ich“*, 25.10., Berlin (gefördert von der RLS); Audioaufzeichnung:

*Was mit Unku geschah.* Die Verfolgung von Sinti und Roma im Nationalsozialismus und der Umgang mit ihnen nach 1945 (6.11., Erfurt)

*Was heißt eigentlich „Antiziganismus“?* Vortrag und Diskussion im Rahmen des Jugendbildungsprogramms (28.11., Rastatt).

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 30. November 2012,

Redaktionsschluss: Freitag, 23. November.

Artikelvorschläge und Absprachen über [pb@gnn-verlage.de](mailto:pb@gnn-verlage.de).

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 9. Januar 2013, 6. Februar, 6. März.